Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932
1920

5 (7.1.1920)

Visual Library

No. 5. Karlsruhe, Mittwoch den 7. Januar 1920. 40. Jahrg.

Volksfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens.

Bezugspreis: Abgeholt 1.90 M, durch unsere Träger zugestellt 2.10 M, am Postschalter 2.15 M durch den Postboten zugestellt 2.30 M monatlich, vorauszahlbar. Bei vierteljährlichem Bezug jeweils der dreifache Betrag.

½8—½1 und 2—½6 Uhr abends. Fernspr.: Geschäftsstelle Nr. 128; Redaktion Nr. 481. **Ausgabe:** Werktag mittags; **Geschäftszeit:**

Anzeigen: Die 7spaltige Kolonelzeile oder deren Raum 50 ₰, Reklamen 1.50 M. — Lokalanzeigen billiger. — Bei Wiederholungen Rabatt. Annahmeschluß ½9 Uhr vormittags, für größere Aufträge nachm. zuvor.

Die Verhandlungen in Paris.

WTB. Paris, 7. Jan. (Havas.) Gestern nachmittag wurden die Besprechungen bezüglich der Uebernahme der Regierungsvollmachten in den Plebiszitzonen zwischen der durch General Lerond präsidierten alliierten Kommission und der unter dem Vorsitze von Simson stehenden deutschen Kommission fortgesetzt. Eine neue Sitzung wird heute Mittwoch morgen stattfinden. Man hofft, daß die Arbeiten der für die Inkraftsetzung des Friedensvertrages bestimmten Kommission noch vor Samstag beendigt sein werden und daß der Austausch der Ratifikationsurkunden noch am Nachmittag des 10. Januar stattfinden kann. Morgen wird ebenfalls die mit der Uebernahme der Oberhoheit von Memel und Danzig betraute Kommission verhandeln.

Basel, 7. Jan. (Privattelegramm.) Die „Preßinformation" meldet aus Paris: Der Oberste Rat beschloß, nach erfolgter Ratifizierung des Friedensvertrages eine allgemeine Amnestie für alle im besetzten Gebiet wegen Vergehens gegen die Vorschriften der Besatzungsbehörden bestraften oder noch abzuurteilenden Personen zu erlassen. Die Amnestie findet auch Anwendung auf Elsaß-Lothringen und das Saargebiet.

WTB. Paris, 6. Jan. Der Oberste Rat hat den Wortlaut der Antwort auf die deutsche Note bezüglich der Bestände der alliierten Besatzungstruppen festgesetzt.

Die Abgabe des Hafenmaterials.

Hamburg, 6. Jan. Die Ententekommission zur Feststellung des deutschen Hafenmaterials hat nach Besichtigung sämtlicher deutscher Ost- und Nordseehäfen gestern ihre Arbeit beendet.

WTB. Paris, 6. Jan. Nach dem „Journal" wird Deutschland für die Nachlieferungen über die 192 000 Tonnen hinaus eine Frist von 30 Monaten gewährt werden.

Neue Schwierigkeiten?

Basel, 6. Jan. (Privattel.) Die „Preßinformation" meldet aus Paris: Die Ratifizierung des Friedensvertrages erfährt eine neue unerwartete Verzögerung durch die Nachrichten aus den Vereinigten Staaten, wo die Strömung gegen die Ratifizierung täglicher mächtiger anwächst und ein offener Bruch zwischen Wilson einerseits und Oberst House und Lansing andererseits erfolgt ist.

Ungarische Friedensdelegation.

WTB. Budapest, 6. Jan. Die erste Gruppe der ungarischen Friedensdelegation unter Führung des Grafen Apponyi ist am 5. Januar früh nach Paris abgereist. Zur Verabschiedung fand sich auch Präsident Hussar auf dem Bahnhof ein.

Budapest, 7. Jan. Die Reise der ungarischen Friedensdelegation gestaltete sich auf ungarischem Boden zu einer langen Reihe patriotischer Kundgebungen. Auf jeder Station war eine große Menschenmenge mit Nationalfahnen erschienen, überall sang man die ungarische Hymne. Auf größeren Stationen wurden Begrüßungsansprachen an die Delegation gehalten. An der Grenze antwortete auf eine ergreifende Ansprache des Vertreters der Landesliga für die Gebietsunversehrtheit Ungarns Graf Apponyi: Den Machthabern gegenüber werden wir an das moralische Bewußtsein und die Prinzipientreue appellieren! In Wien hatte sich zum Empfang der ungarische Gesandte mit den Mitgliedern der Gesandtschaft und einem großen Teil der Wiener ungarischen Kolonie eingefunden. Auch die Wiener und ausländische Presse war vertreten.

•

Auf nennenswerte Abänderungen des Vertrages hat Ungarn, wie man bereits weiß, nicht gerechnet. Von 61 Komitaten wird, wie die „Wiener Arbeiterzeitung" berichtet, der Vertrag Ungarn nur 14 ganz belassen. Sein Gebiet wird **von 325 000 auf 97 000 Quadratkilometer und die Bevölkerungsziffer von 21 Millionen auf 7,5 Millionen** herabgemindert werden. 2,5 Millionen Ungarn kommen unter Fremdherrschaft. Die größten Städte, wie **Arad, Temesvhar, Klausenburg, Großwardein, Preßburg, Kaschau und Oedenburg** ferner die **Getreidekammern** des Banats und der Bacska die **Kohlengruben** des Jiptales, die **Erdgasquellen** von Sarmasay, wie die **Salzseelen** von Marmaros gehen Ungarn verloren. Nach den Londoner Vereinbarungen zwischen Frankreich und England fällt **Ungarn künftig in die Interessensphäre Englands** (!), das bestimmenden Einfluß auf den Donauverkehr nach dem Orient nehmen will.

Dünaburg von den Polen genommen.

WTB. Warschau, 6. Jan. Eine polnische amtliche Meldung bestätigt, daß die polnische Armee unter dem Oberbefehl des Generals Szeptickv die Befestigungen der Stadt Dünaburg genommen habe. Die direkte Verbindung zwischen den Polen, Letten und Esthländern wird erwartet. Die lettische Armee wird im Norden, die polnische im Osten von Dünaburg vorrücken.

Neujahrskundgebung der Sowjetregierung.

Der „Vorwärts" veröffentlicht eine Neujahrskundgebung der Sowjetregierung an das russische Volk, in der es u. a. heißt: „Das Jahr 1919 ist ein Jahr des Sieges für die Arbeiterschaft gewesen und es hat die Macht der Sowjets noch mehr gefestigt." Weiter heißt es: „In Sibirien, in der Ukraine, am Don, im Kaukasus ertönt der Ruf nach Aufstellung von Sowjets. Wir werden aber auch in Berlin, in Washington, in Paris und London Arbeiter- und Soldatenräte einsetzen und die Macht der Sowjets wird sich dereinst über die ganze Welt ausstrecken. Es lebe das Revolutionsjahr 1920!"

Die deutschen Kriegsverluste.

WTB. Berlin, 6. Jan. Der „Vorwärts" verbreitet eine Uebersicht über die deutschen Kriegsverluste. Darnach betragen die Verluste des Heeres an Toten insgesamt 1 718 246, davon 1 655 553 Mannschaften und 62 693 Offiziere; an Verwundeten 4 234 107, darunter 116 015 Offiziere; an Gefangenen und Vermißten 1 073 619, davon 1 050 515 Mannschaften und 23 104 Offiziere, zusammen also 7 025 972. Die Verluste der Marine betragen an Toten 24 112, Verwundeten 29 830, Gefangenen 11 654, zusammen mit den in neutralen Staaten Internierten und an Krankheiten Verstorbenen 78 342.

Die Zwischenfälle in Versailles.

Berlin, 6. Jan. (Privattelegramm.) Auf die Anfrage der weiblichen Mitglieder der Nationalversammlung wegen des **Zwischenfalls bei der Abreise der deutschen Friedensdelegation aus Versailles** wurde vom Auswärtigen Amt in der Antwort u. a. mitgeteilt, daß Frau Dornblüth, welche seinerzeit durch Steinwürfe verletzt worden war, fortlaufend aus Reichsmitteln Unterstützung erhalten habe, und daß durch den Zwischenfall eine dauernde Schädigung der Gesundheit der Frau Dornblüth eingetreten sei, was durch ärztliche Gutachten nachgewiesen werden soll. Der Vorsitzende der deutschen Friedensdelegation in Paris ist angewiesen worden, die französische Regierung für den Schaden in vollem Umfange haftbar zu machen.

Tarifbewegung der Eisenbahner.

WTB. Breslau, 6. Jan. Den Blättern zufolge fand gestern Abend eine stürmisch verlaufene Eisenbahnerversammlung statt, an der auch Abordnungen der oberschlesischen und Waldenburger Eisenbahner teilnahmen. Nach stürmischer Aussprache wurde folgende Entschließung angenommen: „Die Versammlung fordert die sofortige Beschleunigung des Tarifabschlusses. Sie kann sich mit den vorgeschlagenen Lohnsätzen nicht einverstanden erklären und erwartet, daß die geforderte Mindestzulage von 60 Mark wöchentlich als Vorschuß auf den Tarif bis zum 10. Januar gewährt wird. Sollte dem nicht entsprochen werden, so lehnt die Versammlung jede Verantwortung für die Folgen ab."

Berlin, 7. Jan. Nach dem „Berliner Lokalanzeiger" hat die Ausstandsbewegung der Eisenbahner zur weiteren Stillegung des Verkehrs im Bezirk Düsseldorf und in Hagen i. W. geführt. Auch in Sachsen sind die Eisenbahner in eine Lohnbewegung eingetreten; doch wird in den dortigen Verwaltungskreisen mit einer baldigen Einigung gerechnet.

Düsseldorf, 6. Jan. Ein Teil der Eisenbahner auf den Düsseldorfer Bahnhöfen trat heute in den Ausstand. Infolgedessen mußte der Güterverkehr vollständig stillgelegt werden. Die Streikenden beabsichtigen, nur noch die Lebensmittelversorgung aufrecht zu erhalten. Der Personenverkehr ist bisher teilweise durchgeführt worden.

Berlin, 6. Jan. Heute sind die Verhandlungen über den Eisenbahner-Lohntarif bis an den eigentlichen Tarif gelangt. Die Regierungsvertreter erklärten, daß die beteiligten Minister den größten Wert darauf legten, über die für die Eisenbahnarbeiter wichtigsten Fragen sobald als irgend möglich zu einer Einigung zu kommen. Die sachlichen Beratungen gelangten bereits in einem wichtigen Punkte zu einem Ergebnis. Als oberste Wirtschaftsklasse wurde eine solche vereinbart, nach der der Stundenlohn für einen Arbeiter von über 24 Jahren auf 3.50 M festgesetzt wird. Darüber hinaus soll noch eine Ausnahmeklasse allein für Berlin gebildet werden, in der dieser Lohn 3.60 M betragen soll. Es steht zu hoffen, daß die Verhandlungen rüstig fortschreiten, da auf beiden Seiten das Bestreben herrscht, positive Arbeit zu leisten und den überaus umfangreichen Stoff so bald wie möglich zu meistern.

Eisenbahner- und Postbeamtenbewegung in Elsaß-Lothringen.

In Straßburg fand eine außerordentliche Generalversammlung der Post-, Telegraph- und Telefonbeamten Elsaß-Lothringens statt, um gegen die neue Beamtenordnung dieser Beamtenkategorie Stellung zu nehmen. Die Beamtenordnung sollte Gehaltserhöhungen enthalten sowie die Gleichheit der Gehälter gegenüber den Postbeamten Frankreichs herstellen. Die neue Ordnung benachteiligt vielmehr die elsaß-lothringischen Beamten in empfindlicher Weise, da eine ganze Reihe von Teuerungszulagen darin nicht enthalten sind und die Rangordnung der Beamten nicht berücksichtigt wird. Die sozialen Grundsätze, die im alten Statut enthalten waren, sind im neuen keineswegs beachtet. Der Generalkommissar der französischen Republik für Elsaß-Lothringen, Millerand, weigerte sich, eine Delegation von Beamten zu empfangen, die gegen den neuen Entwurf vorstellig werden sollte. Die Verhandlungen der außerordentlichen Generalversammlung dauerten über vier Stunden und zeigten eine tiefe Erbitterung bei den Postbeamten Elsaß-Lothringens, sowie die Solidarität der Eisenbahnarbeiter und der Gewerkschaft der Staatsbeamten.

Wie ferner mitgeteilt wird, ist zwischen den Vertretern der Eisenbahnverwaltung und des Eisenbahnpersonals bisher keine Einigung zustande gekommen. Die Vertreter des Personals wollen es auf einen Abbruch der Verhandlungen ankommen lassen. Die Entscheidung liegt nunmehr bei dem Minister der öffentlichen Arbeiten. Von Seiten der Verbände wurden alle Vorkehrungen getroffen, um ihre Forderungen auf gewerkschaftlichem Wege durchzusetzen.

Berlin, 7. Jan. Drei streikende elsässische Arbeiter machten in Metz, wie dem „Berl. Lok.-Anz." von dort berichtet wird, zwei französischen sich unterhaltenden Soldaten gegenüber die Bemerkung: Hier spricht man deutsch! Darüber kam es zu einer Rauferei, bei der ein Franzose schwer verletzt wurde. Vom Kriegsgericht wurde ein Elsässer als Haupträdelsführer zum Tode, die beiden anderen zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt.

Endlich der Friede!

Endlich am 10. Januar, wenn keine weitere Verzögerung des gestern gemeldeten Termines eintritt, wird der Friede unterzeichnet werden. Die Revolution des 9. November 1918 kämpfte unter der Parole Friede, Freiheit, Brot. Volle 14 Monate hat es gedauert, ehe der Friedenszustand wirklich erreicht wurde. Und nun, da er ganz nahe gerückt ist, da wir ihn jubelnd begrüßen, da unsere Gefangenen endlich auch aus Frankreich heimkehren, wissen wir zugleich, daß die Sorgen dieses Friedens schwerer und drückender auf uns lasten werden, als je die Sorgen des Krieges.

Mit dem Augenblick der Ratifikation geht ein großes deutsches Gebiet für Deutschland verloren. Allein am preußischen Gebiet sind über vier Millionen Hektar abzutreten, dazu kommt das gesamte Elsaß-Lothringen und ein Teil der bayerischen Pfalz. Insgesamt verliert Deutschland rund 10 Proz. seiner bisherigen Bevölkerung, über 6 Millionen Menschen, von denen nahezu vier Millionen Deutsch als ihre Muttersprache bezeichnen und über 12 Prozent der Gesamtfläche des Reiches wie es vor dem Kriege war. Weitere 6 Proz. der Fläche des Reiches unterliegen einem Abstimmungsverfahren das für Deutschland keineswegs die Garantie gerechter Entscheidung gibt, und noch einmal ist durch diese Abstimmung das Reich mit dem Verlust von weiteren drei Millionen seiner Bürger bedroht. Insgesamt sind es nahezu 20 Prozent, ein Fünftel des gesamten deutschen Gebietsumfangs, die mit der Ratifikation des Friedens der deutschen Hand entgleiten, und über neun Millionen Volksgenossen fallen sofort aus dem Verband des Reiches heraus. Härter war kaum je ein Friede seit der Zerstörung Karthagos.

Mit der Ratifizierung und dem Inkrafttreten des Friedens beginnen erst recht eigentlich die Zahlungen an die Sieger. Allein der französische Finanzminister macht uns eine Rechnung über mehr als 200 Milliarden auf, die nicht in dem entwerteten deutschen Papiergeld, sondern in Gold oder Waren zu zahlen sind. Wieviel wir letzten Endes zu zahlen haben werden, wird bekanntlich die „Commission des réparations" erst später festsetzen. Wir sind nur die Objekte der Ausbeutung und haben kaum etwas mitzureden.

Mit der Ratifizierung des Friedens richtet sich gefahrdrohend unmittelbar vor uns eine Frage auf, an der sofort der ganze Friedenszustand zu zerschellen droht, die Auslieferung der sogenannten Kriegsschuldigen. Mag man noch so heftig denen, die am Ausbruch und der Barbarisierung des Krieges schuld sind, die schwerste Strafe wünschen, mag man selbst das Unwahrscheinliche glauben, daß derartige Verbrecher ausschließlich oder ganz überwiegend nur in Deutschland zu finden sind, so kommt man doch nicht darüber hinweg, daß die französischen, englischen und belgischen Militärgerichte jede Garantie vollendeter Ungerechtigkeit bieten. Das Strafurteil gegen die Brüder Röchling, die nicht nur wegen Requisition zu je zehn Jahren Zuchthaus, sondern auch noch zu je zehn Millionen Franken Strafe verurteilt wurden, damit auf diese Weise ihre großen Industriewerke an der Saar kosten- und mühelos in die Hände der Franzosen fallen, ist davon eine erste vollgültige Probe.

Der Friede von Versailles ist das Gegenteil des demokratischen Gerechtigkeitsfriedens durch Verständigung, den die Sozialdemokratie erstrebt hat. Unendlich lange hinausgezögert durch die Schuld der deutschen Militaristen und durch die größere Schuld der Ententesieger hat dieser Friede vom Friedenszustand kaum mehr als den Namen. Er ist nach Clemenceaus treffendem Wort die Fortsetzung des Krieges mit anderen Mitteln. Die große Not ist nicht vorüber — es beginnt erst die vierzigjährige Wüstenwanderung, die das deutsche Volk durchmachen muß und auf der es manchmal murren und sich empören wird.

Wenn aber die kommenden Schwierigkeiten von den Unabhängigen für ihre politischen Zwecke ausgebeutet werden, so werden wir so frei sein und ihnen sagen, daß **sie es waren, die von Anfang an für bedingungslose Annahme der Friedensbedingungen sich eingesetzt haben** im Hinblick auf die angeblich vor der Tür stehende **Weltrevolution** und es ist noch nicht heraus, ob das deutsche Volk nicht bessere Bedingungen erhalten hätte, wenn seine Energie nicht durch die Machenschaften jener politischen Narren vorzeitig lahmgelegt worden wäre.

Möge wenigstens am Ende der Leidenszeit, dem deutschen Volke ein gelobtes Land des Friedens und der Freiheit erblühen.

Die Strafprozeßreform.

Die vom Reichsjustizministerium in ihren Grundzügen bekanntgegebene Strafprozeß-Reform befriedigt zwar nicht alle Forderungen entschiedener Rechtsreformer, aber doch einen großen Teil davon. Eine der wichtigsten Neuerungen ist die Zulassung der Frau zur aktiven Teilnahme an der Rechtspflege. Das bisherige Prinzip, wonach die Frau nur Objekt der Justiz sein konnte, ist damit durchbrochen. Freilich ist die volle Gleichberechtigung der Frau in der Rechtspflege noch nicht hergestellt worden; aber nachdem einmal das starre, die Frau ausschließende Prinzip gefallen ist, wird sich die weitere Entwicklung zur völligen Gleichberechtigung der Frau wohl automatisch in der kürzesten Zeit vollziehen. Vorläufig sollen die Frauen als Schöffen und Geschworene überall da zugezogen werden, wo es sich um die Aburteilung von Frauen handelt. Das ist ein wichtigster Fortschritt; denn in vielen Fällen, wo es sich um Verbrechen spezifisch weiblicher Natur handelt, wie z. B. Abtreibung, Kindestötung usw., wird die Frau bei dem Urteil ihrer Geschlechtsgenossinnen auf mehr Verständnis **rechnen dürfen als bei einem lediglich aus Männern zusammengesetzten**

Gerichtshof. Es gibt allerdings auch Leute, die im Gegenteil behaupten, daß Frauen in solchen Dingen über Frauen härter und gehässiger urteilen als Männer. Das wird im wesentlichen von der Erziehung abhängen, für Arbeiterfrauen dürfte es weniger zutreffen als für Frauen, die in der Moral des bürgerlichen Spießertums aufgewachsen sind. Deshalb muß gefordert werden, daß auch Proletarierinnen zahlreich zur Rechtspflege herangezogen werden.

In politischer Beziehung ist die Aenderung am wichtigsten, die mit der bisherigen Selbstherrlichkeit der Strafkammern aufräumt. Die lediglich aus Berufsrichtern zusammengesetzten Strafkammern entschieden bisher die Hauptmasse aller Straffälle, nämlich die mittelschweren und einen Teil der leichteren, in erster und eigentlich auch letzter Instanz. Gegen die Urteile von Strafkammern war keine Berufung möglich, sondern nur das Rechtsmittel der Revision. Die Revision konnte aber nicht darauf gestützt werden, daß der Richter die tatsächlichen Beweismomente falsch gewürdigt oder daß er sich im Strafmaß vergriffen hätte, sondern sie war nur zulässig, wenn ein positiver Rechtsirrtum vorlag, d. h. wenn der Richter das Gesetz falsch angewendet hatte. Die Revisionsinstanz war nicht befugt, die tatsächlichen Feststellungen der Strafkammer oder das von ihnen verhängte Strafmaß nachzuprüfen. Damit war die Zahl der Revisionsfälle sehr eng umgrenzt, und es galt bei den Strafkammern als leicht zu handhabende Kunst, die Urteile „revisionsfest" zu machen, indem man die Begründung so formulierte, daß alle zweifelhaften Momente in die Beweiswürdigung abgeschoben wurden und die Rechtsanwendung daher so einfach wurde, daß eine falsche Auslegung des Gesetzes unmöglich war. Wenn eine Strafkammer z. B. einen unbescholtenen Arbeiter auf das Zeugnis eines Schutzmannes hin gegen 25 Entlastungszeugen wegen Beleidigung verurteilte, und außerdem die Höchststrafe von einem Jahr Gefängnis aussprach, so war bisher gegen ein solches Urteil nicht anzukämpfen, wenn nur das rein Rechtliche in Ordnung war. Die Strafkammern besaßen daher eine schier unumschränkte Machtfülle.

Damit wird nun vollständig aufgeräumt. Die Strafkammern hören auf, reine Kammern von Berufsrichtern zu sein, das Laienelement erhält auch zu ihnen Eingang. Vor allem aber wird in Zukunft gegen jedes Strafurteil erster Instanz Berufung zulässig sein, die eine vollständige Nachprüfung des gesamten Materials, auch der Beweiswürdigung und der Strafabmessung ermöglicht. Das Schöffengericht wird künftig erste Instanz für alle leichten und mittleren Fälle sein, die Strafkammer scheidet als erste Instanz überhaupt aus, sie bildet — aber nun auch als Schöffengericht, bestehend aus zwei Berufsrichtern und drei Schöffen — die Berufungsinstanz für die genannten Fälle.

Besonders erfreulich ist auch, daß die Stellung der mittleren Justizbeamten, der Justizsekretäre, beträchtlich gehoben wird. Während sie früher nur als subalterne Gehilfen der Richter fungierten, werden sie künftighin eine Anzahl von Arbeiten selbständig erledigen dürfen, bei denen früher die Anwesenheit eines Richters notwendig war. Wir hoffen, daß diese Maßregel gedacht ist, als ein Mittel zum Aufstieg des Tüchtigen, und daß man in einiger Zeit dazu übergehen wird, solchen Justizbeamten, die sich bei derartigen Arbeiten bewähren, auch eigentlich richterliche Funktionen mit entsprechender Stellung und entsprechendem Gehalt zu übertragen.

Die Reform widerlegt den Vorwurf, daß die Republik „nichts Positives" schaffe. Sie bringt mit einem Schlage, woran das alte System jahrzehntelang vergeblich herumgedoktert hätte.

Politische Uebersicht.

Mehr Disziplin!

Das sozialdemokratische Preßbüro richtet an die Parteigenossen die folgende eindringliche und beachtenswerte Mahnung:

Fast über Nacht ist aus der sozialdemokratischen Oppositionspartei eine Regierungspartei geworden. Der Weg, den sie als solche zurückgelegt hat, war ein äußerst dornenreicher. Tausenderlei Hindernisse stellten sich ihr entgegen, die nur mit größter Mühe zu überwinden waren. Fast schien es, als sollte sie unter der Last der Verantwortung, unter dem Druck der äußeren und inneren Schwierigkeiten zusammenbrechen. Aber die Partei hat die schwere Belastungsprobe bestanden — trotz Friedensvertrag, trotz Spartakisten und Monarchisten. Sie hat dem deutschen Volk neue Wege zum Aufstieg gewiesen. Erst eine spätere Generation wird anerkennen, was die Sozialdemokratische Partei in dem kritischen Jahre 1919 geleistet hat. Ohne sie, ohne ihre Entschlossenheit, ohne ihre planmäßige Politik wäre Deutschland und das deutsche Volk rettungslos untergegangen.

Eine Riesenarbeit hat unsere Partei seit den Novembertagen 1918 vollbracht. Sie erscheint um so bewundernswerter, je mehr man berücksichtigt, in welch fürchterlicher Situation sie die Regierungsgewalt übernahm. Zu diesen Schwierigkeiten kommt aber noch hinzu, daß, da in der wilhelminischen Aera ein Sozialdemokrat nicht einmal Nachtwächter werden durfte, da die Partei der „vaterlandslosen Gesellen" ferngehalten wurde von allen öffentlichen Aemtern, der Partei bei der Uebernahme der Regierungsgeschäfte die geschulten Verwaltungsbeamten fehlten und daß die Regierung in verwaltungstechnischen Fragen oft wichtige und wichtigsten Arbeiten den alten Bürokraten überlassen mußten. Die spartakistischen Unruhen und die monarchistischen Treibereien erleichterten unseren regierenden Genossen die Arbeit natürlich keineswegs. Daß in solcher Situation nicht alle Hoffnungen erfüllt werden konnten, zum anderen auch Fehler gemacht wurden, bedarf keiner weiteren Erklärung. So ist auch sicherlich die Tätigkeit der sozialdemokratischen Regierungsmitglieder nicht fehlerfrei gewesen. Manches hätte vermieden und manches hätte besser gemacht werden können. Auf diese Fehler und Versäumnisse hinzuweisen, ist das Recht eines jeden Genossen und es ist von diesem Rechte auch in ausreichendem Maße Gebrauch gemacht worden.

Im Laufe der Zeit hat sich aber innerhalb der Partei eine Praxis herausgebildet, die nicht ganz unbedenklich ist. Man hat für alle Anklagen und Beschwerden, für allen Mißmut über nicht erfüllte Erwartungen Sündenböcke unter den regierenden Parteigenossen gesucht. Als die zwei hauptsächlichsten dieser Sündenböcke müssen die Genossen Noske und Winnig dienen. Sie sind es, die bei jeder passenden und unpassenden Gelegenheit ihren Teil von den ganz Unentwegten unter unseren Genossen abbekommen. Man berücksichtigt immer noch nicht genügend die schwierigen Verhältnisse, man rechnet nicht mit den bestehenden Tatsachen und scheut, wenn unter diesen Umständen irgend eine Verordnung oder ein Befehl eines regierenden Genossen nicht mit dem letzten I-Punkt des Parteiprogramms übereinstimmt, wohl aber dem entspricht, was zur Zeit nottut, nicht davor zurück, mit allerlei Liebkosungen zu jongleieren. Sicherlich ist es nicht unsere Aufgabe, alles zu beschönigen, was vom Grünen Tisch aus getan wird. Aber unsere Pflicht ist es, ehe wir ein Urteil fällen, alle die Umstände zu berücksichtigen, aus denen die Verordnung erfolgt. Nicht nörgeln, sondern berechtigte Kritik üben und bessere Wege weisen, das ist unsere Aufgabe. Nur wenn wir diese erfüllen, unterstützen wir wirkungsvoll die Tätigkeit unserer Genossen in der Regierung, während die leider vielfach eingerissene Gewohnheit gedankenlosen Nachschwätzens unabhängiger Nörgeleien nicht nur die regierenden Genossen, sondern mit ihnen auch die Partei selbst diskreditiert und schädigt.

Das Reichstagswahlgesetz.

Die Vorentwürfe zum Reichstagswahlgesetz werden, wie bereits kurz berichtet, in der allernächsten Zeit der Oeffentlichkeit unterbreitet werden. Die Vorentwürfe sind auf dem sogenannten „automatischen System" aufgebaut, das schon für die Wahlen zur badischen Volkskammer eingeführt worden ist. Jedem Wahlvorschlag sollen hiernach so viele Abgeordnetensitze zugewiesen werden, als die Zahl der für ihn abgegebenen Stimmen sich durch 60 000 teilen läßt. Die nicht verbrauchten Stimmen und die Stimmen eines Wahlvorschlags, der weniger als 60 000 Stimmen erlangt, werden nach einem Vorschlag für das ganze Reich, nach anderen Vorschlägen erst für eine bestimmte Anzahl von Wahlkreisen und dann für das Reich zusammengerechnet, und auf je 60 000 dieser Reststimmen soll auch hier wieder ein Abgeordneter entfallen.

Ueber die Frage, wie groß die Wahlkreise sein sollen, die diesem automatischen System der Verhältniswahl zugrunde gelegt werden, werden in den Vorentwürfen verschiedene Vorschläge gemacht, und es wird Sache des Verfassungsausschusses und schließlich der verfassunggebenden deutschen Nationalversammlung sein zu entscheiden, ob das vorgeschlagene System gewählt und welche Größe der Wahlkreise dann genommen werden soll.

Der leitende Gedanke der Wahlvorschläge des Reichsministers des Innern ist, einer jeden Partei fast mathematisch genau den Anteil an Mandaten im Reichsparlament zu sichern, der ihr nach ihrer Gesamtstimmenzahl gebührt. Je restloser dieses Problem gelöst wird, um so weniger kann offenbar von der Bevorzugung oder Benachteiligung irgendeiner Partei oder Gruppe die Rede sein, um so klarer kommen die wirklichen Machtverhältnisse zur Geltung.

Die Großindustrie kauft Zeitungen!

Die Großindustrie, die allen revolutionären Errungenschaften feindlich gesinnt ist, und die die finanzielle Stütze aller gegenrevolutionären Bestrebungen bildet, ist auf das eifrigste bemüht, politischen Einfluß zu gewinnen und ihre Interessen in den Parlamenten rücksichtslos vertreten zu lassen. Die bürgerlichen Zeitungen sind heut vor dem Zugreifen der großkapitalistischen Konzerne nicht mehr sicher. Die „München-Augsburger Abendzeitung", eines der wichtigsten bürgerlichen Blätter Süddeutschlands mit starkem Einfluß in Beamtenkreisen, ist soeben mit großindustriellem Gelde erworben worden. Sie wird aus einem Organ der Deutschen Volkspartei in ein deutschnationales Blatt umgewandelt und wird zur Stärkung der vor allem in Südbayern sehr ernst zu nehmenden gegenrevolutionären Bestrebungen dienen. Gleichzeitig hat Hugo Stinnes die bedeutendste Privatdruckerei Berlins und den dazu gehörigen Deutschen Verlag erworben, nachdem er vor kurzem noch zu einem der wichtigsten Interessenten der Papierindustrie geworden war. Die Aktienmehrheit der Königsberger Papierfabrik und der Norddeutschen Cellulosefabrik ist in den Händen von Stinnes, der eine G. m. b. H. geschaffen hat.

Der deutschen Großindustrie werden alle diese und ähnliche Pläne sehr teuer zu stehen kommen. Wir wissen auch, daß von Vertretern des Ententekapitalismus, hinter denen vermutlich die auswärtigen Regierungen stehen, mit den großen deutschen Zeitungsverlagen wegen Ankaufs verhandelt wird. Es ist die allerpeinlichste Aufmerksamkeit der deutschen Politiker und aller Zeitungsleser der Entwicklung des deutschen Zeitungswesens gegenüber heute mehr als je am Platze. Der Unfug, daß ein Organ der öffentlichen Meinung nicht Parteien, sondern Privatorgan sein darf, führt zu der für die ganze deutsche Politik verhängnisvollen Möglichkeit, daß sich der gegenrevolutionäre Großkapitalismus der wichtigsten Mittel der Beeinflussung der öffentlichen Meinung bemächtigen kann. Desto dringlicher ist für unsere Arbeiterschaft die Sicherstellung der sozialdemokratischen Presse, die bei dem heutigen Stand auf dem Papiermarkte einen schweren Kampf um ihre Existenz zu führen hat.

Ein böser Reinfall.

Die „Rote Fahne" in Frankfurt a. M., das Organ der radikalen Kommunisten, hatte in ihrer Nummer vom 2. Dezember v. Js. in einem Artikel, überschrieben: „Schieber gegen Schieber" behauptet, die Redaktion der „Volksstimme" bestehe aus einem Konsortium ausgesprochener und abgefeimter Schieber. In einem Artikel mit dem Stichwort „Im Kampf gegen die Reaktion" wurde der Redakteur Genosse Marckwald als Streikbrecher betitelt. Die Redakteure der „Volksstimme" strengten Privatklage an, und in dem Sühnetermin am 23. Dezember erklärte der angeklagte verantwortliche Redakteur Robert Sauer namens der Redaktion der „Roten Fahne", daß die gegen die Redakteure der „Volksstimme" erhobenen Behauptungen unwahr seien und jeder tatsächlichen Begründung entbehren. Die „Rote Fahne" hat in ihrer Nummer vom 27. Dezember diese Erklärung abgedruckt. Damit ist die Sache für die Redaktion der „Volksstimme" erledigt.

Ran an die Schieber.

Von einem Genossen erhalten wir eine Zuschrift, in der dieser darauf hinweist, daß sich der Schieberhandel fast ausschließlich der Eisenbahn und der Post bediene und daß Angestellte dieser Verkehrsanstalten den Schiebern vielfach Unterstützung leihen, weil diese Trinkgelder in solcher Höhe bezahlen, daß sich die durchweg in bedrängter Lage befindlichen unteren Beamten ihnen nicht immer entziehen können. Er macht darum den empfehlenswerten Vorschlag, daß den Beamten gewisse Fangprämien für Schiebersendungen ausgesetzt werden. Jeder Beamte, durch dessen Aufmerksamkeit Schiebertransporte angezeigt und dann beschlagnahmt werden können, müßte einen gewissen Prozentsatz des Wertes der beschlagnahmten Waren als Belohnung erhalten.

Badische Politik.

Ein Gegner des Einheitsstaates.

gr. Sehr kritische Ausstellungen macht Professor Dr. Hans Pfeiffer-Meßkirch im „Badischen Beobachter" zu der Frage des Einheitsstaates, indem er meint, daß die Idee des Einheitsstaates bis zu dieser Stunde nicht im Volk wurzele. Alsdann verlangt er — wie auch wir es in unserer Stellungnahme ständig betonten —, daß Preußen mit einer „Neugliederung" seines Landes erst einmal ernst machen solle, da, solange dies nicht geschieht, die ganze Arbeit umsonst ist. Diese Forderung auf „Neugliederung" Preußens unterstützen wir restlos, da mit ihrer Erfüllung auch die Gefahr einer wirtschaftlichen Schwächung Süddeutschlands, die Professor Pfeiffer befürchtet, behoben wird. Wie weit der Einheitsstaat der „christlichen Staatsauffassung" widersprechen soll, ist uns nicht recht ersichtlich; hierüber dürften wohl die Herren Erzing, Diez und Zehnter ihren Parteifreund sachliche Aufklärung geben können. Wenn jedoch zum Schluß der Artikelschreiber vor dem Einheitsstaat graulich zu machen sucht, indem er meint, daß die Hochfinanz und die inter-

Die Schicksalsmaus.

Eine Erzählung von Tieren und Menschen
von Harald Tandrup.

80

„So steht man denn in Gottes Namen wieder auf. Ja, das ist wirklich ein Hundeleben — das hier."

Der arme Mons war untröstlich. Er schlich mit hängendem Schwanz umher, konnte keine Ruhe in seinem Korb finden; Blomberg stellte ihm Milch hin, aber er rührte sie nicht an.

Er hatte schon einmal etwas Aehnliches erlebt, als er ganz jung gewesen war und Andersens Meister ein Hühnchen gestohlen hatte. Da war er ebenso umhergeirrt, bis er gemerkt hatte, daß man den Fuchs für den Uebeltäter hielt.

Immer wieder schlich er zu Andersens leerem Stuhl und rieb sich an ihm. Aber sonst saß er die ganze Zeit über mitten im Zimmer und stierte Blomberg unverwandt an, so daß es dem Schneider angesichts seiner wie Phosphor leuchtenden, gelbgrünen Augen förmlich unheimlich wurde.

„Aus diesen Katzenauge schaut der leibhaftige Teufel heraus," sagte er.

Als Blomberg seinen Morgenkaffee getrunken hatte, fuhr er in die Kleider und ging in den ersten Stock hinauf, denn er wollte Lars Larsen und Maren auf den Kirchhof begleiten.

„'n Morgen," begann er. „'n Morgen, Herr Larsen, 'n Morgen, Jungfer. Wie gehts? Haben Sie gut geschlafen, Larsen?"

„Gott bewahre —. Ich habe kein Auge zugetan, weil ich immerzu an das Geld denken mußte," entgegnete Larsen.

„Das ist sehr bedauerlich, lieber Herr Larsen," sagte der Schneider. „Wenn ich mir vorstelle — so ein Kummer. Ich vergäße das nie. Aber ein armer Schneider kommt nicht in die Verlegenheit, so viel Geld zu haben, geschweige denn zu verlieren."

„Wo ist denn Andersen?" fragte Maren.

„Andersen?" wiederholte Blomberg etwas unsicher. „Ich glaube auf den brauchen wir nicht zu warten."

„Wie merkwürdig," sagte Maren enttäuscht.

Blomberg verging fast vor Ungeduld, über diese unbehagliche Frage hinwegzukommen. Er wollte nicht gern erzählen, daß Andersen verhaftet sei, denn er hörte im Geist schon das Frauenzimmer aufkreischen und Andersens Unschuld beteuern. Und diese Vorstellung war ihm unbehaglich.

„Nun, wenn er nicht kommt, dann läßt er es eben bleiben," sagte Larsen entschieden, setzte seinen roten, hohen Hut auf und erklärte, sie könnten jetzt seinetwegen gehen.

Und so gingen sie!

Kurz darauf krachte die Treppe unter dem blinden Spielmann, der sich mit dem Stock ganz verblüffend schnell heruntertastete. Er hatte einige Weihnachtslieder eingeübt und erwartete eine reiche Ernte. Es war ja am Vorabend vor Weihnachten.

Zuletzt kam der Philosoph Christensen, blau vor Kälte mit lustig unter dem Hutrand hervor flatternden Haaren. Aus seiner Rocktasche schaute eine Papierrolle heraus, während das Päckchen unter seinem Arm ein durchschnittenes Sauerbrot enthielt.

Er wanderte würdevollen Schrittes über den Hof wie ein ehrbarer Sumpfvogel und verschwand dann in dem Loch, das unter dem Vorderhaus weg auf die Straße hinausführte.

Sobald der letzte Mensch das Haus verlassen hatte, fühlten sich die Tiere als die Herren. Es kam ein förmlicher Tatendrang über sie; in allen Winkeln wurde es lebendig.

Auch in dem Mäusenest unter Lars Larsens Fußboden hatte Meister Grau ein ernstes Gespräch mit seiner Frau.

„Der fünfte Tag ist vorüber," sagte er. „Die Katze hat ihre Jagd begonnen."

„Woher weißt du das?" fragte die Madame mißtrauisch. „Du bildest dir doch nicht ein, daß du bis fünf zählen könntest?"

„Langzahn hat es mich gelehrt," antwortete Grau. „Man beginnt bei der einen Zehe und rückt an jedem Tag eine Zehe weiter. Ist man mit dem ganzen Fuß fertig, so sind fünf Tage vorbei."

„Der mag dir etwas Schönen aufgebunden haben."

In diesem Augenblick erwachte eines der Jungen und pfiff jämmerlich. Madame sang mit leiser Stimme das alte Kinderlied:

Schlaf, Mäuschen, schlaf,
Schlaf schnell, dann wirst du groß.
Morgen gibt's einen feinen Schmaus,
Den Väterchen uns holt ins Haus.
Schlaf, Mäuschen, schlaf!

Morgen! Das ist der ewige Trost der Großen für die ungeduldigen Kleinen.

Endlich schlief das Mäuschen wieder ein, und Madame hörte mit ihrem Gesang auf.

„Weißt du was, Grau," begann sie, „ich werde Langzahn aufsuchen. Wir müssen wissen, wie wir daran sind. Die Katze muß aus dem Haus!"

„Langzahn hat mir versprochen —"

„Ich gebe keine trockene Käserinde für seine Versprechungen," fiel sie ihm ins Wort. „Ich will selbst etwas tun."

Meister Grau pfiff angsterfüllt.

„Aber wenn dich jetzt die Katze frißt, Mutterchen, was machen dann wir andern?"

„Ich werde schon mit heiler Haut davonkommen," antwortete die Madame kurz angebunden. Sie war noch ein wenig verschlafen, und seitdem sie mit der Menschenhand gekämpft hatte, die ihr — wie sie es auffaßte — den Zipfel der geräucherten Wurst hatte nehmen wollen, war es fast nicht mehr mit ihr vor Einbildung auszuhalten.

Jetzt putzte sie sich eifrig, drehte und wendete sich vor Meister Grau und fragte:

„Sitzt der Pelz gut?"

Meister Grau brummte zustimmend.

„Na, so leb wohl," sagte sie und schlüpfte hinaus. Der Mann aber mußte bei den Jungen bleiben. — Sie lief so rasch sie konnte durch den Gang und pfiff vor Eifer, weiterzukommen; dann huschte sie blitzschnell unter dem Ausguß weg — durch die Küche — die Treppe hinab und hinaus in den Hof.

Sie hatte Langzahn noch nie gesehen, wußte aber von Meister Grau, daß er unter einem Rinnsteinbrett wohne, und da war nur eins im Hof. (Forts. folgt.)

national eingestellten Parteien und Kreise Feuer und Flamme für den Einheitsstaat sind, so befindet er sich auf einem sehr bedenklichen Holzweg. Abgesehen davon, daß bei einer scharfen Erfassung des Begriffes „international" die Partein des Herrn Pfeiffer, wohl oder übel, mit zu den „international eingestellten Parteien" zu rechnen ist, haben andererseits überaus „national eingestellte Kreise" — wir erinnern an die „Kölnische Volkszeitung" — in der schweren Krise des deutschen Volkes jämmerlich versagt. Was jedoch die „Hochfinanz" Süddeutschlands (von der man allerdings kaum sprechen kann, da wir keine haben) und die „international eingestellten Kreise" Süddeutschlands betrifft, so würden diese wie Süd- und Westdeutschland überhaupt wirtschaftlich vielleicht besser fahren, wenn sie in gedanklichen Assoziationen mit gewissen Freunden des Herrn Pfeiffer in Bayern treten würden. Die „international eingestellten Kreise" lehnen es jedoch ab, wirtschaftliche Gesichtspunkte vor nationalpolitische zu stellen, weshalb auch der durch Herrn Pfeiffer vertretene Teil des Zentrums gut tun würde, unter Zurückstellung der Bedenken positiv am Aufbau des Einheitsstaates unter Wahrung süddeutscher Interessen mitzuarbeiten, da — zwischen den Feuern stehend — nur der Weg des Einheitsstaates die Frage im national deutschen Sinne lösen kann.

• **Aus der evangelischen Landeskirche.** Die Amtszeit der evangelischen kirchlichen Körperschaften ist bis auf weiteres verlängert worden. Die Erneuerungswahlen können erst durchgeführt werden, wenn die neue Verfassung in Kraft getreten sein wird, was voraussichtlich bald möglich ist. Zur Vorbereitung der Wahlen empfiehlt der Ev. Oberkirchenrat den Kirchengemeinderäten und Kirchenvorständen, jetzt schon mit der Aufstellung der Wählerlisten zu beginnen.

Bauernproteste und -Forderungen. Eine Versammlung der vereinigten Landwirte des Bezirks Staufen, die von über 800 Personen besucht war, legte in einer Entschließung „schärfsten Widerspruch ein gegen die menschenunwürdige, ehrabschneidende und standeserniedernde Handlungsweise von gewissen Kontrollkommissionen, die in größeren Kolonnen die Bauernhöfe durchstöbern, als wären die Landgemeinden nichts anderes als schwerverbrecherische Räuberkolonien". In der Entschließung wird verlangt, daß, wennn einmal Kontrollen als nötig erachtet werden, dazu nur Leute mit unantastbarem Leumund verwendet werden. Was das Strafverfahren anbetrifft, so wird in der Entschließung verlangt, daß für sämtliche Erzeugnisse, so weit sie nicht auf Schiebertransporten aufgegriffen oder nachweislich für Schiebung oder Schleichhandel bestimmt waren, jede Bestrafung niedergeschlagen bezw. Rückgängig gemacht wird. — Eine Bauernversammlung in Meßkirch nahm nach einem Referat von Bürgermeister Weißhaupt eine Entschließung an, in welcher u. a. gefordert wird, daß der Preis für Brotgetreide für das kommende Jahr auf mindestens 90 bis 100 ℳ pro Doppelzentner erhöht werden soll. Die Zwangswirtschaft für Brotgetreide, Gerste und Hafer soll vorerst beibehalten, der Preis für Gerste und Hafer aber niederer gesetzt sein als für Brotgetreide. Das in dem Gesetzentwurf zum Landwirtschaftskammergesetz vorgesehene Proportionalwahlverfahren wurde von der Versammlung abgelehnt mit der Begründung, es werde bei den beruflichen Organisationen nur schädigend wirken.

Die wahren Ursachen. Im Anschluß an die Besichtigung der deutschen Kohlenbezirke durch eine Arbeiterkommission im Oktober 1919 fand jüngst durch Mitglieder der gleichen Komission eine Besichtigung der Eisenbahnwerkstätten in Karlsruhe, Stuttgart, München und anderen Orten statt. Es wurde dabei festgestellt, daß von einer Arbeitsunlust der Eisenbahnwerkstättenarbeiter durchaus keine Rede sein könne. Der Rückgang der Leistungen sei vielmehr auf den überaus schlechten Zustand des Eisenbahnmaterials und der Rohstoffe zurückzuführen. Den Regierungen, darunter auch der badischen, wurden von der Abordnung Vorschläge zur Verbesserung der Leistungen in den Eisenbahnwerkstätten unterbreitet. Diese gehen vor allem auf eine bessere Belieferung mit gutem Material und auf eine Verbesserung der in den Werkstätten benötigten Maschinen.

Zwist. Die „Süddeutsche Zeitung" verbreitete die Nachricht, daß sich Generaldirektor Schulz von den Badischen Staatseisenbahnen in einem längeren Urlaube befinde. Nach dem gleichen Blatte soll dieser Urlaub im Zusammenhange stehen mit einem Zusammenstoß, den Generaldirektor Schulz mit dem Finanzminister Dr. Wirth gehabt haben soll.

Besprechungen in Stuttgart. Gestern haben sich Außenminister Dietrich und Minister des Innern Remmele mit mehreren Regierungsvertretern nach Stuttgart begeben, wo Verhandlungen zwischen der badischen und württembergischen Regierung über wichtige Gegenwartsfragen stattfinden. Vor allem handelt es sich dabei um die Frage des Einheitsstaates und um Ernährungsfragen.

Aus der Partei.

Welschneureut, 5. Jan. Am letzten Sonntag im alten Jahre fand die erste Generalversammlung des Wahlvereins nach dem Kriege statt. Der Besuch hätte besser sein dürfen. Ein Fehler ist, daß von vielen Seiten der Zweck des Wahlvereins falsch aufgefaßt wird, man glaubt nur zu oft, der Verein sei nur für örtliche Angelegenheiten da. Wenn Gabholz oder Stockstücke u. dgl. auf der Tagesordnung zur Behandlung stehen, dann erwacht das Interesse. Diese Haltung vieler Genossen ist aber die denkbar verkehrteste. Auf diese Weise ist es unmöglich vorwärts zu kommen. Es bedarf noch vieler sozialistischer Erziehung, um alte liebe Anschauungen zu beseitigen und die Arbeiter und Genossen mit dem neuen Geiste zu erfüllen. Auch hier muß der neue Geist einziehen. Ernstlich bitten wir die Genossen und Arbeiter, von nun an mehr das große Ganze im Auge zu behalten. Große Aufgaben stehen uns noch bevor, da heißt es gerüstet sein und ganze Männer sind da nötig. Auf an die Arbeit, Genossen, weg mit der Lauheit. Hinein in den Parteiverein und in jede Arbeiterfamilie das Parteiblatt.

b. **Grötzingen,** 6. Jan. Kommenden Donnerstag, 8. Jan., abends ½8 Uhr, findet im „Löwen" eine Parteiversammlung statt, in welcher der Bericht von der Wahlkreiskonferenz und der Bezirkskonferenz gegeben wird. Es ist Pflicht eines jeden Genossen, in der Versammlung zu erscheinen.

c. **Hohenwettersbach,** 7. Jan. Morgen Donnerstag, 8. Jan., abends 8 Uhr, findet im Nebenzimmer zur „Kanne" eine Mitgliederversammlung statt, zu der auch die Bürgerausschußmitglieder eingeladen sind. Die Vereinsmitgliedsbücher sind mitzubringen. Genosse Trinks-Karlsruhe wird einen Vortrag halten.

Weingarten, 7. Jan. Sozialdem. Verein. Die Generalversammlung des Vereins findet kommenden Sonntag, den 11. ds. Mts., mittags 1 Uhr, im „Rößle" statt. Wir bitten die Genossinnen und Genossen, vollzählig zu erscheinen. Genosse Landtagsabg. Kurz wird über die kommenden Reichstagswahlen referieren.

r. **Forst,** 6. Jan. (Sozialdem. Verein.) Nächsten Samstag, 10. Jan., abends 7 Uhr, findet im Gasthaus zum „Kaiser" unsere diesjährige Generalversammlung mit folgender Tagesordnung statt: 1. Wahl eines Delegierten zur Bezirkskonferenz, 2. Rechenschaftsbericht, 3. Neuwahl der Vereinsfunktionäre, 4. Verschiedenes. Es ist Pflicht eines jeden Genossen, zu dieser wichtigen Versammlung zu erscheinen.

Gewerkschaftliches.

Das Scheitern der Tarifvertragsverhandlungen im Versicherungsgewerbe.

Der laufende Reichstarifvertrag vom 12. Mai 1919 ist auf Angestelltenseite von den drei damals kartellierten Verbänden, die sich am 1. Oktober 1919 zum Zentralverband der Angestellten vereinigten, abgeschlossen worden. Auch der Arbeitgeberverband deutscher Versicherungsunternehmungen mußte im Mai d. J. zugeben, daß andere Angestelltenorganisationen nicht genügend von den Versicherungsbeamten beauftragt waren. Tarifrechtlich gilt daher der Zentralverband der Angestellten bezw. die drei ihn bildenden Verbände als Vertragspartei der Angestellten. Auch der Reichsarbeitsminister hat in der Frage der Allgemeinverbindlichkeitserklärung des Tarifvertrages am 12. Dezember 1919 diesen Standpunkt eingenommen. Trotz alledem ist der Zentralverband der Angestellten nach wie vor bereit, alle solche Angestelltenverbände zu den Reformverhandlungen zuzulassen, die nachweisbar einen genügenden Teil unserer Kollegenschaft, ausgewiesen durch Vollmachten der Angestelltenausschüsse oder Betriebsversammlungen, vertreten. Da die Gewerkschaftsbünde leider Forderungen, die den Interessen der Kollegen geradezu entgegenstehen, dem Arbeitgeberverband eingereicht hatten, und diese erst einige Wochen später ebenfalls erhöhten, so hat der Arbeitgeberverband ein dringendes Interesse daran, die Gewerkschaftsbünde und auch den Reichsverband am Verhandlungstisch zu sehen. Um die letzte Möglichkeit eines friedlichen Ausgleichs zu eröffnen, hat der Zentralverband der Angestellten den Reichsarbeitsminister gebeten, einen Schlichtungsausschuß für Austragung des Streitfalles und für die Verhandlungen einzusetzen.

Gemeindepolitik.

Söllingen, 5. Jan. Mit seltener Disziplin ging am letzten Sonntag, 4. ds. Mts., die Bürgermeisterwahl vonstatten. Er erhielten Fritz Schroff, der Kandidat der Sozialdemokratie, 28 Stimmen, und Ratschreiber Zilly, der Kandidat der Bürgerlichen, 22 Stimmen. Die Fünf-Männerfraktion der Demokraten, die weder einen eigenen Kandadaten präsentierten, noch einem der aufgestellten Kandidaten ihre Stimme geben zu können glaubten, gaben weiße Zettel ab. Genosse Fritz Schroff ist somit gewählt. Mit Genugtuung können wir auf das aus eigener Kraft Erreichte blicken. Daß wir die Bürgermeisterfrage richtig angefaßt haben, daß uns nur das Wohl der Gemeinde Richtschnur unseres Handelns war, das werden auch in Bälde unsere Gegner, speziell aber die Deutschnationalen, die sich ja den Wahlausfall wohl etwas anders gedacht haben, einsehen. Wir geben uns allerdings keinen Illusionen hin. Der Mann auf diesem Posten ist unter den heutigen Verhältnissen nicht zu beneiden. Trotzdem verlangt keine Zeit mehr als die heutige den rechten Mann auf den rechten Platz. Mit bezug auf die deutschnationale Kandidatur sind wir der Ansicht, daß neben einem tüchtigen Bürgermeister doch auch ein tüchtiger Ratschreiber seines Amtes walten kann. — Dem scheidenden Bürgermeister gönnen wir von Herzen einen ruhigen Lebensabend. Seine letzten Amtsjahre fielen in eine böse Zeit, wo auch stärkere Naturen unter der Last der Verhältnisse zusammengebrochen sind. Wohl mußten wir während seiner 18jährigen Amtszeit manch berechtigte Kritik an seiner Amtsführung üben, doch wollen wir ihm den guten Glauben, jederzeit das Beste für die Gemeinde gewollt zu haben, nicht absprechen.

Und nun, Parteigenossen und Gesinnungsfreunde! An Euch liegt es, dem neuen Bürgermeister durch das Vertrauen, das ihr ihm entgegenbringt und die Mithilfe, die ihr ihm leistet, die Amtsführung zu erleichtern, dann wird auch unter der neuen Aera die Gemeinde blühen und gedeihen.

• **Mannheim,** 6. Jan. Vor einiger Zeit ist an den hiesigen Oberbürgermeister Dr. Kutzer aus Nürnberg eine Anfrage ergangen, ob er anstelle des zum Wiederaufbauminister ernannten Dr. Geßler in Nürnberg sich um die dortige Oberbürgermeisterstelle bewerben wolle. Die Vertreter der Rathausparteien haben denn Verhandlungen mit dem Oberbürgermeister Dr. Kutzer aufgenommen, um ihn unserer Stadtverwaltung zu erhalten. Dies ist gelungen. Die Bezüge des Oberbürgermeisters mußten allerdings erhöht werden. Beim Bürgerausschuß soll jetzt beantragt werden, daß auch die Bezüge der anderen Bürgermeister und der übrigen Beamten in höheren leitenden Posten erhöht werden.

-t. **Aus dem badischen Oberland,** 5. Jan. Um die Versorgung des westlichen Gebietsteils von Oberbaden mit elektrischem Licht zu verbessern, bauen die Laufenburger Kraftwerke eine neue Kraftleitung von 100 000 Voltstärke. Sie ist speziell für die Versorgung der badischen Gemeinden bestimmt und soll nach dem Elsaß nur soviel Strom abgeben, als sie nach Befriedigung der badischen Wünsche erübrigt. Ihre Fertigstellung wird bis Mai erfolgen.

-t. **Freiburg,** 5. Jan. Der Auftakt zum 800jährigen Jubiläum der Stadtgründung Freiburgs bildete eine schlichte Feier im neuen Rathaus, bei der außer Oberbürgermeister Dr. Thoma Stadtrat Grumbach, sowie Reichstagspräsident Fehrenbach zugegen waren. Die Vertreter der Stadt empfingen eine Abordnung der Freiburger Künstler und Schriftsteller. Als äußeres Zeichen des Gedenkens im Jubeljahr überreichte die Deputation eine Reihe von Werken, die Zeugnis von dem blühenden Kunstsinn in Freiburgs Mauern ablegen. Dieselben sollen in Bälde durch eine besondere Ausstellung der Allgemeinheit zugänglich gemacht werden.

Jugend und Sport.

Arbeiter-Turn- und Sportbund, 3. Bezirk.

Stand der Fußball-Serienspiele:

Verein	Spiele	gewonnen	verlor.	unentschied.	Punkte
Hagsfeld I	9	8	1	—	16
Durlach I	8	7	1	—	14
Karlsruhe I	7	4	2	1	9
Durmersheim I	5	4	1	—	8
Aue I	7	3	2	1	7
Kleinsteinbach I	6	3	3	—	6
Wolfartsweier I	8	3	5	—	4
Ettlingen I	7	2	5	—	4
Hagsfeld II	9	8	1	—	16
Durlach II	8	7	1	—	14
Aue II	7	6	1	—	12
Karlsruhe II	6	3	3	—	6
Durmersheim II	5	3	2	—	6
Kleinsteinbach II	6	3	3	—	6
Ettlingen II	7	2	5	—	4
Hohenwettersbach II	9	—	8	1	1
Wolfartsweier II	8	—	7	1	1

Um eine genaue Uebersicht der Teilnehmerzahl an den Serienspielen zu bekommen, muß jeder Spielleiter sich zum 11. Jan. 1920 sich zur Spielleiter-Konferenz in Durlach, vorm. 9 Uhr, melden: Sämtliche Fußballspieler, Name, Alter, von 14 bis 16 Jahre getrennt und über 16 Jahre. Es sei hiermit nochmals darauf hingewiesen, daß die Spielpässe mitzubringen sind.

R. Allgaier, Bezirksfußballspielleiter, Grötzingen, Kaiserstr. 75.

•

Richtigstellung. Im gestrigen Artikel „Schneelauf" ist in in der zweiten Zeile im vierten Absatz von „Trockeninstitute" die Rede; es muß natürlich „Trockenskikurse" heißen.

Unsere Grenzbeamten.

Man schreibt uns von der Schweizer Grenze: In der Nr. 286 des „Volksfreundes" beschäftigt sich ein Artikel, „Unsere Grenzbeamten" betitelt, mit der Besoldung der auf Schweizer Gebiet beschäftigten badischen Staatsbediensteten. Der Schreiber jener Zeilen scheint die tatsächlichen Verhältnisse nur vom hören sagen zu kennen, sonst müßte es demselben ohne weiteres klar sein, daß der schlechte oder günstige Stand der deutschen Valuta auf die Lebenshaltung der auf Schweizer Gebiet wohnenden badischen Staatsbediensteten ganz ohne Einfluß ist. Dieses Personal muß seinen Unterhalt ausschließlich mit Frankengeld bestreiten. Zu welchem Kurs der badische Staat diese Mittel beschaffen muß ist für diese Bediensteten zunächst gegenstandslos. Die Teuerung in der Schweiz beträgt gegenüber den Preisen von 1914 nach amtlichen Statistiken 240 Proz. Die Steigerung der Wohnungsmiete beläuft sich auf 40 Proz. Auch für die badischen Staatsbediensteten in der Schweiz steht die Erhöhung des Einkommens immer noch in keinem Verhältnis zur Teuerung. Die Teuerung hat in der Schweiz viel früher eingesetzt als in Deutschland; sie zeitigte in den Jahren 1916/1917 Preise, die in Deutschland Dank der festgesetzten Höchstpreise nie erreicht wurden. In diesen Jahren mußten die badischen Staatsbediensteten in der Schweiz sich größere Einschränkungen auferlegen als ihre Kollegen in Baden. Auch der letzte ersparte Pfennig mußte damals zugesetzt werden. Die Behauptung des Artikelschreibers, diese Bediensteten seien schließlich in der Lage, eine schöne Summe zurückzulegen, gründet sich auf völliger Unkenntnis der tatsächlichen Verhältnisse. Was die Bediensteten in der Schweiz ihren badischen Kollegen voraus haben ist, daß sie immer noch alles kaufen konnten vorausgesetzt, daß sie das hierzu nötige Geld hatten. Und das war meistens nicht der Fall. Auch die badischen Staatsbediensteten in der Schweiz haben sich in ihrer Lebensweise seit Kriegsausbruch die größte Einschränkung auferlegen müssen um mit ihrem Einkommen ihr Dasein fristen zu können.

Das vom Artikelschreiber angeregte „Zurückschneiden" des alten Zopfes — auf einen Durchschnittskurs 70—80 — das ist eine Verringerung des Einkommens dieser Bediensteten, um fast 40 Proz., hätte zur Folge, daß die in der Schweiz wohnenden badischen Staatsbediensteten ausnahmslos der Schweizer Armenfürsorge zur Last fallen müßten.

Die Ausführungen des Artikelschreibers sind durch völlige Verkennung der wirklichen Verhältnisse so getrübt, daß sich ein näheres Eingehen auf dieselben erübrigen würde, wenn es nicht Tatsache wäre, daß auch die badische Regierung sich mit diesem Problem beschäftigt hat und sich auch gegenwärtig wieder damit beschäftigt.

Der badische Staat hat bei dem derzeitigen Stand der deutschen Valuta für das auf Schweizer Gebiet wohnende recht zahlreiche Eisenbahn- und Zollpersonal ganz beträchtliche Aufwendungen zu machen, weil er diese Bediensteten in Frankenwährung entlohnen und den Schweizer Franken selbst gegenwärtig mit etwa 9 Mk. kaufen muß, da die Einkünfte Badens an Schweizergeld nur ganz gering sind. Bis zum Abschluß des letzten deutsch-schweizerischen Wirtschaftsabkommens war dies anders. Vor diesem Zeitpunkt mußten im Güterverkehr von und nach dem Ausland die Frachten in Frankengeld — den Franken zu 80 Pfg. bewertet — bezahlt werden. Mit diesen Einnahmen konnte der Fiskus sowohl seine auf Schweizer Gebiet beschäftigten Bediensteten ohne Schädigung in Schweizerwährung bezahlen, als auch die sonstigen Arbeitsleistungen für den betreffenden Transport decken, wie es von einem ordentlichen Kaufmann nicht anders erwartet werden konnte. Im neuen deutsch-schweizerischen Wirtschaftsabkommen ist, wie verlautbart, auf Drängen der deutschen Industrie der Zahlungszwang in Frankengeld fallen gelassen worden. Die Entrichtung der Frachten erfolgt wieder Markwährung oder in Frankenwährung bei Bewertung des Franken zum Tageskurs.

Durch diese Maßnahme ergibt sich folgende Tatsache: Der Schweizer Verfrachter zahlt zur Zeit für eine Ladung Sammelgut von 10 000 Kg. von Genf nach Basel 467 Franken. Für die Beförderung der nämlichen Warenmenge aus der gleichen Entfernung von Deutschland nach Basel zahlt er aber nur 68 Franken. Eine Eilgutsendung von 50 Kg. von Lörrach nach Basel bezahlt der Empfänger mit 10 Rappen Fracht. Auf der Schweizer Bahn beträgt die Beförderungsgebühr für die gleiche Sendung auf die gleiche Entfernung 80 Rappen. Aehnlich liegen die Verhältnisse beim Personenverkehr. Die Fahrkarte 3. Klasse Basel-Freiburg (62 Km.) beträgt 70 Rappen, die schweizer Taxe für diese Entfernung würde 4 Franken 25 Rappen betragen. Für 25 Rappen (zu Friedenszeiten 20 Pfg.) fährt ein Reisender 6 Tage lang beliebig oft von Basel nach Grenzach und zurück. Für 10 Rappen erhält ein Reisender am Schalter in Basel eine Fahrkarte nach Lörrach-Stetten und bekommt zu dieser Fahrkarte noch 11 deutsche Reichspfennig zurück. Das Basler Tram berechnet für die gleiche Fahrt 30 Rappen und 20 Pfennig.

Daß der badische Staat bei dieser Tarifpolitik im Hinblick auf sein zahlreiches im Ausland stationiertes Personal nicht bestehen kann, ist ohne weiteres klar. Die Aufhebung des Zwangskurses von 125 Rappen für die deutsche Tarifmark ist aber wie bereits erwähnt, eine rein politische Maßnahme. Es wäre unbillig, die Folgerung dieser Maßnahme nun den ohnehin nur gering besoldeten badischen Staatsbediensteten in der Schweiz aufbürden zu wollen.

Daß das in Betracht kommende Personal auch jetzt nicht mehr erhält, als zum Unterhalt unbedingt nötig ist, möge ein Vergleich mit den Bediensteten der Schweizerischen Bundesbahn beweisen. Bis zur Bewilligung des durch den Vertrag mit den Staatsarbeitern bedingten Ausgleichszulage mit Wirkung vom 1. März ds. Js. waren die badischen Bediensteten in Basel wesentlich schlechter bezahlt als ihre Kollegen bei der Bundesbahn. Nach Bewilligung der Ausgleichszulage stellte sich das badische Personal bei seinen Bezügen etwas besser als die Beamten der gleichen Kategorie bei der Bundesbahn. Auf 1. Januar 1920 schon tritt aber für das Personal der Bundesbahn eine neue Besoldungsordnung in Kraft. Wenn die Forderung der Schweizer Eisenbahnergewerkschaft durchgeht — und bei der Bedeutung, die dieser Organisation vom Bundesrat beigelegt wird, ist daran kaum zu zweifeln — so werden die Bezüge der Bundesbahnbediensteten wieder um 20 Proz. höher sein, als jene ihrer badischen Kollegen. Die Forderung der schweizerischen Eisenbahner um Erhöhung ihrer Bezüge ist als Existenzminimum begründet durch die erneuerte Steigerung der Lebenshaltung in der Schweiz und ist reichhaltig mit statistischem Material belegt.

Wir möchten die badische Regierung dringend warnen in der Valutafrage etwas zu unternehmen, was die badischen Staatsbediensteten in der Schweiz schädigen könnte. Sie würde sonst dem schärfsten Widerspruch des betroffenen Personals begegnen, aus dem einfachen Grund, weil sich dieses Personal bewußt ist, daß auch ihnen der badische Staat nicht mehr gibt, als was zur Fristung des Lebens unbedingt nötig ist.

Wenn der badische Staat zu seiner einzigartigen Tarifpolitik durch politische Momente gezwungen ist, so wird es Sache des deutschen Reiches sein, die dem badischen Staat dadurch entstehenden Valutaverluste zu tragen. Das deutsche Reich aber sollte auch zur jetzigen Zeit soviel Rückgrat haben, einer Interessentengruppe zu sagen, daß gerade unter Berücksichtigung des von Baden im Ausland zu unterhaltenden Personals, für das der Franken immer nur einen Franken, die Mark aber nur 10 Rappen ist, die Bewertung des Franken mit 6,66 Mark im Eisenbahnverkehr ein Unding ist.

Zwei Wege stehen dem badischen Staate offen, um aus der Valutaschwierigkeit herauszukommen. Entweder er überbürdet den Valutaverlust dem Reich oder er gestaltet seine Tarifpolitik derart, daß er selbst dabei wenigstens zu seinen Auslagen kommt.

Bei all seinen Versuchen aber, den Verlust durch kleinliche Maßnahmen gegenüber dem Personal teilweise zu decken, sei ihm zunächst ein entschiedenes Hände weg! zugerufen.

Aus dem Lande.

* **Oetigheim**, 6. Jan. Der 17jährige Otto Müller wollte am Neujahrstage einen Revolver reinigen. Der Revolver war noch geladen und die Waffe entlud sich, die Kugel drang dem jungen Mann in den Leib. Am Sonntag ist der Unglückliche gestorben.

* **Urloffen** b. Offenburg, 6. Jan. Auf dem Heimweg stießen mehrere Männer vom besetzten Gebiet mit einer französischen Patrouille zusammen. Der Landwirt Johann Erhard von Legelshurst hatte keinen Paß bei sich und ergriff deshalb die Flucht. Als er schon auf neutralem Gebiete war, gaben die Franzosen Feuer und verletzten Erhard so schwer, daß ihm ein Fuß abgenommen werden muß.

* **Wiechs a. R.**, 6. Jan. Der Getreideschmuggel in die Schweiz wird immer noch schwunghaft betrieben. So wurde jüngst ein reiches Ehepaar aus Riedöschingen im sogen. Schlauch ertappt, das einen Wagen Hafer über die Grenze hinüberschaffen wollte. In der Schweiz werden gegen 900 ℳ für den Doppelzentner Hafer bezahlt.

* **Schwetzingen**, 6. Jan. In Friedrichsfeld wurde wiederum eine Schafherde von 361 Stück beschlagnahmt und der Schäfer verhaftet. Man fand bei ihm einen Berechtigungsschein, der ihm gestattete im besetzten Gebiet und auch in Frankreich ungehindert reisen zu können.

Mannheim, 7. Jan. Am letzten Sonntag nachmittag brachen drei unbekannte Täter in eine hiesige Villa ein und raubten 7340 ℳ in Geldscheinen. — Einer der hervorragendsten Chemiker der Bad. Anilin- und Sodafabrik Ludwigshafen, Dr. Alfred Michel, hat sich in seinem Fabriklaboratorium mit Cyankali vergiftet.

-t. **Freiburg**, 5. Jan. Die Ortskrankenkasse erhöhte die Beitragssätze von 5 auf 7½ % des Grundlohnes. — Hier treibt ein Messerstecher sein Unwesen. Mehrere Frauen und Mädchen hat der anscheinend pervers veranlagte Unhold schon durch Messerstiche verletzt.

* **Lottstetten** (Amt Waldshut), 5. Jan. Der Landwirt Joh. Laug, der im Gemeindewalde Hau Holz machte, wurde von einem schweizerischen Posten angerufen und als er diesen Ruf überhört hatte, erschossen. Laug war schwerhörig.

* **Rosenberg**, 5. Jan. Ein schwerer Verbrecher, der Hausierer Edmund Albert aus Merchingen, ist in Bronnacker verhaftet worden. Er war vor einiger Zeit in Straubing aus dem Zuchthause entflohen und hat sich dreier schwerer Sittlichkeitsverbrechen schuldig gemacht.

* **Singen-Hohentwiel**, 6. Jan. Ein Konstanzer Kommissionar, der in seinem Hauptberuf Photograph und Maler ist, wurde in einem hiesigen Gasthaus verhaftet, weil er unerlaubten Stumpenhandel trieb. Ein Sack mit Stumpen wurde beschlagnahmt.

Die Bewegung unter den Albtalbahn-Angestellten.

In einer Reihe Orte längs der Albtalbahn fanden letzten Sonntag gut besuchte Versammlungen statt, in denen die wirtschaftliche Lage der Albtalbahner und die zukünftige Gestaltung der Bahn besprochen wurde. Erfreulich war, daß auch aus bürgerlichen Kreisen Sympathie für die Wünsche und Beschwerden der Angestellten und Arbeiter ausgesprochen und das Verlangen für berechtigt erklärt wurde. Es wurden auch Wünsche laut, wonach die ständigen Fahrgäste zu hohen Fahrpreisen bessere Bequemlichkeiten bei der Fahrt verlangen und die Lebenssicherheit besser gewahrt werden möchte. Folgende Resolution wurde überall einstimmig angenommen:

„Nach Anhörung des Personals der Albtalbahn über seine wirtschaftliche Lage erklärt sich die Versammlung solidarisch, dasselbe in ihrem schweren Kampfe zu unterstützen und verpflichten sich auch im Falle einer Betriebseinstellung dem Personal treu zur Seite zu stehen.

Weiter drängen die Versammelten darauf, daß die Bahn baldmöglichst in staatliche Regie übernommen wird.

In Reichenbach fand eine Versammlung der Arbeiterschaft Reichenbachs und Etzenrots statt, in der ebenfalls den Eisenbahnern vollste Sympathie ausgesprochen und jede Unterstützung zugesagt wurde.

Herr Adolf Geck

weiß auf die Anklage in unserer Nummer vom 30. v. Mts., daß er mit seiner Behauptung in der „Tribüne", die kürzliche Offenburger Konferenz der Gemeinde- und Staatsarbeiter habe ihr Tagungslokal „mit den Bildnissen kaiserlicher und großherzoglicher Herrschaften" geschmückt, eine wissentliche Unwahrheit sagte, nichts zu erwidern. Wir können dieses beredte Stillschweigen also wohl als ein Eingeständnis der Schuld betrachten. Ebenso gibt er durch sein Schweigen offenbar zu, daß unsere Feststellung, er selbst habe mit seinen „Unabhängigen" wohl ein Dutzendmal in dem „mit den Bildnissen kaiserlicher und großherzoglicher Herrschaften" geschmückten Saal (des Kaufmännischen Vereins) getagt, den Tatsachen entspricht. Umso lauter gebärdet sich der alte Offenburger in Dingen, die mit der vorliegenden Sache nicht das mindeste zu tun haben, und die er nach bekanntem üblem Muster nur deshalb wieder hervorholt, um die Aufmerksamkeit von seinen neuesten Missetaten abzulenken. Wir haben keinen Anlaß, dem Herrn Ad. Geck diesen Zweck dadurch erreichen zu helfen, daß wir auf diese ollen Kamellen nochmals zurückkommen, von denen er so gut wie wir weiß, daß er selbst damit keinen „Staat machen" kann. Es handelt sich im vorliegenden Fall um zwei sachlich genau substantiierter Anklagen gegen ihn: den Vorwurf der wissentlichen Unwahrheit und den der politischen Heuchelei. Auf beide ist er — wie gesagt — in seiner neuesten Kundgebung in der „Tribüne" jede Antwort schuldig geblieben. Was für jeden objektiv Urteilenden genug sagt.

Anwerbung für die Fremdenlegion. Vor einigen Tagen ging durch die Presse eine Meldung, nach der französische Agenten im besetzten Gebiete wie im neutralen Gebiete eine lebhafte Werbetätigkeit für die Fremdenlegion entfalten. Diese Nachricht ist zutreffend. Auch im Kehler Brückenkopfgebiet sind bereits derartige Agenten aufgetaucht, die natürlich den Zweck ihrer Tätigkeit nach Möglichkeit zu verschleiern suchen; teils versprechen sie ihren Opfern lohnende Arbeitsgelegenheit in den Ententestaaten, teils geben sie vor, für die japanische Armee anzuwerben. Die Angeworbenen werden dann veranlaßt, nach Mainz zu fahren, wozu sie sofort französische Einreisepapiere erhalten. Von hier aus werden sie nach Frankreich verbracht, in die Fremdenlegion eingereiht und dann nach Afrika überführt. Es kann daher nicht dringend genug vor diesen französischen Werbern gewarnt werden.

Zur Förderung der Vermißtennachforschung werden alle aus der Kriegsgefangenschaft Zurückgekehrten, die Vermißtenlisten erhalten haben, gebeten, im Interesse ihrer Kameraden und deren Angehörigen diese Listen, die sie nicht mehr brauchen, dem Zentralnachweisamt für Kriegsvermißte und Kriegergräber Berlin NW. 7, Dorotheenstraße 48, umgehend zu übersenden. Die Listen werden sehr dringend benötigt. Jeder einzelne heimgekehrte Kriegsgefangene wird gebeten, die kleine Mühe der Rücksendung nicht zu scheuen. Jeder hilft damit am allgemeinen Werk, den Verbleib der vermißten Kameraden festzustellen.

Aus der Stadt.

* **Karlsruhe**, 7. Januar.

U. S. P.-Agitation auf dem Schleichwege.

Aus Daxlanden schreibt man uns:

Der U.S.P. scheint der Agitationsstoff, um öffentlich auftreten zu können, ausgegangen zu sein. Am Samstag lud nämlich der Unterkassier des Bauarbeiterverbandes, Herr Mayer, die Mitglieder des Bauarbeiterverbandes zu einer Versammlung in der „Sonne" ein. Vor der Versammlung tuschelte man sich in die Ohren, es ginge diesmal ohne die Führer, und zwar wegen einer Beschaffungszulage, weil angeblich die Verbandsleitung in dieser Frage nichts tun würde. Auf Grund dieser Einladung sind nun auch einige Bauarbeiter in die Versammlung gegangen, um eventuell auch gegen die Verbandsleitung vom Leder zu ziehen. Wie erstaunt waren aber die Anwesenden, als sie merkten, daß sie in eine Versammlung der U.S.P. geangelt worden sind. Der Stadtverordnete Füg leitete die Versammlung und der U.S.P.-Landesvater Kruse referierte in der „Bauarbeiterversammlung". Die Schlagwörter „Noskegarde" usw. zierten seine Rede und lösten Beifall aus. Kruse kam während seiner Ausführungen auf die Regierung zu sprechen und betonte, daß sie nicht stark genug wäre, um die Landwirte zur Ablieferung der Lebensmittel zu zwingen. Einer unserer Genossen frug Herrn Kruse, mit welchen Mitteln er die Bauern zwingen würde. Prompt folgte die Antwort: Mit Militär! Also mit Noskesoldaten, Herr Kruse? Auf der einen Seite beschimpfen die U.S.P.-Prediger das Militär, verlangen die Abschaffung desselben, und auf der anderen Seite wollen sie dasselbe Militär gegen widerspenstige Bauern aufrufen! Auf die Regierung schimpft die U.S.P., sie tue nichts gegen die Lebensmittelpreiserhöhungen, zu den Bauern sagen die U.S.P.-Agitatoren, daß die landwirtschaftlichen Produkte zu nieder bezahlt werden. Man sieht, U.S.P. ist wirklich unabhängig, ja sogar noch unabhängig von Logik und Verstand. Und von solchen politischen Komödianten lassen sich Arbeiter einseifen. Die ganze Mache war also weiter nichts als eine Agitationsversammlung der U.S.P. und im stillen eine Untergrabung der Organisation der Bauarbeiter. Der Erfolg blieb für die U.S.P. jedoch aus und Herr Kruse mußte mit abgesägten Hosen wieder abziehen.

Zum Brotaufschlag

wird uns aus Bäckergehilfenkreisen geschrieben: Bei der am 1. Januar erfolgten Brotpreiserhöhung hörte man so oft, daß auch die „hohen Löhne" der Gehilfen an dem Aufschlag schuld seien. Dem ist aber nicht so. Bei dem Aufschlag ist nur die Erhöhung des Mehlpreises und die teueren Unterhaltskosten der Bäckermeister maßgebend gewesen. Ein Lohnaufschlag der Gehilfen kam nicht in Frage. Indem aber für dieselben alle Bedarfsartikel in die Höhe gegangen sind, sind sie gezwungen, wegen einer Teuerungszulage vorstellig zu werden.

Die Verhandlungen wegen dem erfolgten Brotpreisaufschlag wurden nur zwischen der Organisation der Bäckermeister und den Behörden geführt, ohne Hinzuziehung der Gehilfen. Wir sind aber der Meinung, daß zu solch wichtigen Verhandlungen auch die Gehilfenorganisation hinzugezogen gehört und nicht nur die Arbeitgeber, wie dies bisher der Fall war.

---

* **Der Kreisvorstand der Partei** für den 5. Kreis tritt heute Mittwoch abend pünktlich um 5 Uhr zu einer wichtigen Sitzung im „Volksfreund"-Gebäude (2. Stock) zusammen.

Eisenbahnerversammlung in der Festhalle. Morgen Donnerstag, nachmittags 4 Uhr, findet im großen Festhallesaal eine öffentliche Eisenbahnarbeiter- und -Beamten-Versammlung statt, einberufen vom Verband des deutschen Verkehrspersonals. Die Tagesordnung lautet: „Die gegenwärtige Teuerung und die Einkommensverhältnisse der Eisenbahner." Zu dieser Versammlung sind alle Eisenbahner, die Regierung, die Landtagsabgeordneten, Gewerkschaftsführer, die Arbeiterausschüsse und die Arbeiter der Privatindustrie eingeladen.

Die Wandlung, das Ringen eines Menschen, von Ernst Toller. Die Parteigenossinnen und Genossen, Gewerkschaftsgenossen, sowie die gesamte Arbeiterschaft, seien nochmals auf den heute abend ½8 Uhr im großen Rathaussaale vom Bildungsausschuß der sozialdemokratischen Partei veranstalteten Vortragsabend des Herrn Schauspielers Bruno Schönfeld hingewiesen. Karten sind noch in den bereits bekannt gegebenen Vorverkaufsstellen wie auch an der Abendkasse zu haben.

Kinderschutzkommission der sozialdemokratischen Partei. Am Samstag mittag 2 Uhr findet im Landestheater wieder eine Kindervorstellung zu ermäßigten Preisen statt mit dem Weihnachtsmärchen „Der Zauberdiamant". Karten sind zu haben von Mittwoch nachmittag ab: Südstadt: Frau Schwarz, Schützenstraße 10 und Frau Deusch, Gerwinusstraße 3; Südweststadt: Frau Herbstried, Rockstraße 16; Mittelstadt: Frau Krahl, Blumenstraße 8, Altstadt: Frau Helmling, Durlacherstraße 20; Mühlburg: Frau Fröhlich, Nuitsstraße 1; Weststadt: Frau Günther, Schillerstraße 25; Oststadt: Frau Stoll, Rudolfstraße 24, 4. St.

Die öffentliche Versammlung der Hausangestellten, Putz-, Wasch- und Monatsfrauen am Sonntag nachmittag war überaus gut besucht. Die Rednerin, Frau Huck, berichtet ausführlich über die Verhandlung mit dem Hausfrauenbund. Sie betonte auch die Notwendigkeit der Organisation. Recht zahlreich haben sich die Hausangestellten dem Zentralverband der Hausangestellten angeschlossen und sind aus anderen Organisationen ausgetreten. Die Hausangestellten haben von der so viel gepriesenen familiären Wärme und Liebe ihrer Herrschaften sehr wenig gespürt. Unsere Forderung war 20 ℳ monatlich mehr sowie 10 ℳ anstelle der Kranken- und Invalidenversicherungsbeiträge. Das Ergebnis der Verhandlungen ist, daß nur 15 ℳ mehr bezahlt werden sollen. Zu diesen Zusagen nahm die Versammlung Stellung. Die Rednerin gab darauf die Mindestlöhne bekannt, was allgemeinen Zuruf „das ist zu wenig" auslöste. Auch das Weihnachtsgeschenk wurde bei den Verhandlungen besprochen, aber unsere Wünsche konnten nicht durchgeführt werden. Das mit Beifall aufgenommene Referat hat bewiesen, daß die Anwesenden mit der Rednerin einverstanden waren. — In der sehr regen Diskussion wurde hervorgehoben, daß die Löhne, so wie sie jetzt von den Hausfrauen vorgeschlagen wurden, bei weitem nicht den heutigen Verhältnissen entsprechen. Unter keinen Umständen könnten die Hausangestellten mit dem Angebot von 45 ℳ und Zahlen des Kranken- und Invalidenbeitrags einverstanden sein. Auch die Stellenvermittlung der katholischen und evangelischen Organisation wurde scharf kritisiert und verlangt, daß nur durch das Arbeitsamt die Stellen vermittelt werden. Die Organisationsleitung wurde beauftragt, die notwendigen Schritte einzuleiten.

Na. Das Kohlenelend wird immer größer. Die Rationierung der Kohlen kann im Allgemeinen aus technischen Gründen nur mit einem Zentner als kleinstes Quantum rechnen. Da bei den gesteigerten Kohlenpreisen diese Ausgabe für manche Personen auf einmal eine beträchtliche ist, haben wir in unserem Notstandslager die Einrichtung getroffen, daß Quantitäten von ¼ und ¼ Zentner abgegeben werden können. Die Anweisungen sind in diesen Fällen bei uns gegen Vorlage der Brennstoffkarte und Entrichtung des Betrages zu beziehen.

Colosseum. Zur Einleitung des neuen Jahres wartet die Direktion mit einem in allen Teilen vorzüglichen Programm auf. Eingeleitet wird dasselbe durch Darbietungen der lieblichen Tänzerin Eva Hermann. Dann folgen eine Reihe equilibristischer und akrobatischer Vorführungen, unter denen Ströbel und Mertens, Solton (der drollige Fangkünstler), die 3 Worcester und Fred Chasner (der fidele Faßroller) durch exakte Leistungen auffallen. Eine gute Bereicherung des Programms bietet auch ein Sohn unserer Stadt, der in der Musikwelt bestens bekannte Willy Eder, der sich als Vortragskünstler beim Varietee versuchen will. Er wählte dazu Lieder, die er als Pierrot vorträgt und die durch ihre Originalität und ihren teils tragischen, teils heiteren Inhalt Eindruck machen. Als Glanznummer darf der Dressurakt von Alfons Steffin (Ponys und Hunde) bezeichnet werden, der uns prächtige Leistungen der kleinen Tiere vorführt. Für die gute Laune sorgt dann noch der Humorist Franz Marx, sodaß jeder Besucher auf die Kosten kommt.

Ausgerissen. Ein berüchtigter Einbrecher namens Wiegele ist in der vergangenen Nacht aus dem Untersuchungsgefängnis im Landgerichtsgebäude ausgebrochen. Wahrscheinlich kletterte er am Blitzableiter im Hofe des Landgerichtsgebäudes in die Höhe, gelangte in den zweiten Stock, riß im Anwaltszimmer einen Vorhang herunter, an dem er sich dann nach der Hans-Thomastraße herabließ. Wiegele konnte bisher noch nicht eingefangen werden.

Diebstähle. Am 5. ds. Mts. wurden in verschiedenen Stadtgegenden 3 Fahrräder durch unbekannte Täter entwendet.

Veranstaltungen.

Artur Schnabel und Hedwig Marx-Hirsch werden am kommenden Donnerstag den 8. Jan. vierhändig spielen und zwar: Schumann Variationen B-dur für 2 Klaviere, Schubert: Fantasie f-moll für 1 Klavier, Mozart Sonate D-dur für 2 Klaviere, Schubert Ronde A-dur und Märsche für ein Klavier. Der Vorverkauf für dieses Konzert ist, wie die Konzertdirektion Neufeldt mitteilt, überaus lebhaft. Es ist daher empfehlenswert, sich rechtzeitig Eintrittskarten Waldstraße 39 zu sichern.

Stenographie. Gelegenheit zur Erlernung der Stenographie, deren Kenntnis immer mehr von Behörden und im Geschäftsleben gefordert wird, bietet der Stenographenverein Stolze-Schrey mit einem Kursus für Anfänger, der im Anzeigenteil der gestrigen Nummer bekannt gegeben wird.

Residenz-Lichtspiele. Spielpläne vom Mittwoch bis einschl. Freitag. Waldstraße 30: „Junge Dame aus guter Familie", Gesellschaftsdrama in 4 Akten. „Die Peruanerin", Filmschwank in 4 Abteilungen. Kaiserstr. 5: „Seine gelehrte Frau", Drama in 5 Akten, „Die Dame im Schaufenster", köstliches Lustspiel in 3 Akten. Schillerstr.: Stuart Webbs neuestes interessantes Abenteuer „Der gestreifte Domino", Detektivroman in 4 Akten; „Eva", Lustspiel in 3 Akten; „Das moderne Haar-Elixier", Komödie.

Letzte Nachrichten.

Der drohende Hunger.

Ohne Unterschied der Partei beschäftigen sich die Berliner Morgenblätter mit der Zukunft unserer Ernährung und erheben die Frage, ob wir vor einer Hungersnot stehen. Eine amtliche Erklärung des Berliner Magistrats, die darauf hinausläuft, daß es den Gemeinden Großberlins als ein Gebot der Vorsicht erscheine, alle Organe der öffentlichen Gewalt in Bewegung zu setzen, um die auf dem Lande lagernden Vorräte schleunigst in Besitz zu bekommen und jeder Verzögerung entgegenzutreten, wird durch Ausführungen ergänzt, die Oberbürgermeister Wermuth in einer Unterredung einem Mitarbeiter der „Voss. Ztg." gegenüber gemacht hat. Darnach ist das jetzige Vorgehen der Berliner Gemeinden so auszulegen, daß sie in letzter Stunde der Regierung aufs dringendste nahelegen wollten, in unserer Ernährungswirtschaft eine aktivere Politik als bisher zu zeigen.

Die wachsende Kohlennot.

Berlin, 7. Jan. (Privattelegramm.) Der wachsende Kohlenmangel in Deutschland, der durch Transportschwierigkeiten infolge der Witterungsunbilden noch verstärkt wird, hat zu schweren wirtschaftlichen Folgen geführt. Große industrielle Werke haben ihre Betriebe stillgeen müssen, so, wie bereits gemeldet, die Siemenswerke bei Berlin. 35 000 Arbeiter sind dadurch beschäftigungslos. Die Fabrik von Ludwig Löwe, welche zur Zeit stilliegt, hat den Betrieb noch immer nicht aufgenommen. Eingestellt wurden laut „Berl. Lok.-Anz." ferner die Betriebe der Hamburger Jute-Spinn- und Weberei, sowie der Weserwerft in Bremen. In vielen Städten mußte die Beleuchtungs- und Haushaltungsbelieferung mit Gas und Koks auf das allernotwendigste Maß beschränkt werden. Frankfurt a. M. ist ab 7 Uhr abends ohne Straßenbahnverkehr. Gas wird dort von 6 bis 8 Uhr morgens und 5 bis 10 Uhr abends abgegeben. Die Kohlennot in den Ministerien und den Parlamenten in Berlin ist so groß, daß die Lichtanlagen nur mit Mühe in Betrieb gehalten werden können. Die Heizkessel sind dagegen, wie die „Börsenzeitung" berichtet, fast alle kaltgelegt. — Wenn sich die Lage nicht bessert, sei mit parlamentarischen Ferien wegen der Kohlennot zu rechnen.

Verantwortlich: Für Leitartikel, Deutsche Politik, Ausland, Aus der Stadt und Letzte Nachrichten Hermann Rudel; für Badische Politik, Aus der Partei, Kommunales, Soziales und Feuilleton Hermann Winter; für den Anzeigenteil Gustav Krüger sämtlich in Karlsruhe, Lutzenstraße 24.

Briefkasten der Redaktion.

B. F. B. Bezüglich der Tabakbewirtschaftung für 1920 sind bis jetzt noch keine neuen Bestimmungen heraus; es gelten also noch die alten Verordnungen. Auf alle Fälle müssen Sie aber auch das etwa zurückbehaltene Quantum zur Besteuerung anmelden.

Vereinsanzeiger.

Karlsruhe. (Bauarbeiterverband.) Am Freitag, den 9. Jan., abends 7 Uhr, Mitgliederversammlung im „Auerhahn, Schützenstraße 58. 1130

Karlsruhe. (Arbeitersportkartell.) Donnerstag, abends 6 Uhr (nicht 8 Uhr) Sitzung in der „Alten Linde", Ecke Zirkel und Adlerstraße. Vollzähliges Erscheinen der Mitglieder, auch der Vororte, ist notwendig. 1129

Karlsruhe. (Arb.-Gesangverein Gleichheit.) Freitag, 9. Jan. abends ½8 Uhr Wiederbeginn der regelmäßigen Singstunden im Vereinslokal (Gewerkschaftszentrale). Vollzähliges und pünktliches Erscheinen, auch der neuangemeldeten Sänger, ist unbedingt erforderlich. 1128

Karlsruhe. (Freie Turnerschaft — Fußballspieler.) Heute Mittwoch abend punkt 7 Uhr außerordentliche Spielerversammlung im „Gambrinus". Wegen wichtiger Tagesordnung ist das pünktliche Erscheinen sämtlicher aktiven und passiven Spieler erforderlich. 1136 Der Spielleiter.

Schusterinsel 203, gef. 19; Kehl 220, gef. 19; Maxau 550 gef. 22; Mannheim 544, gef. 51 Zentimeter.

Gewerkschaftsbund d. Angestellten
(G. d. A.)

Mitglieder-Versammlung

am **Mittwoch, den 7. Januar 1920,** abends 8 Uhr pünktlich, im **Roten Haus.** 1132

Wegen Wichtigkeit der Tagesordnung wird um zahlreiches Erscheinen gebeten.

Der Vorstand.

Städtische Handelsschule.

Der Kohlennot wegen kann der Unterricht am 8. ds Mts. **noch nicht** aufgenommen werden. Der Schulzwang wird bekannt gegeben werden. 107

Aus unserer Garage ist in der Zeit vom 3. bis 5. Januar 1920 ein **FN Einzylinder-Motorrad,** Polizeinummer 2630, **entwendet** worden.

Für den Nachweis des Täters oder des Rades zahlen wir eine Belohnung von Mk. 500.—. 1134

Bischoff & Hensel, Technisches Büro
Karlsruhe, Südendstraße 29.

Nur noch solange Vorrat!

Ulster

- verschiedene Macharten -
in hell, blau und schwarz
von Mk. **225.—** b. **400.—**
Restpost. **Damen-Ulster**
zu Mk. **200.—** und **250.—**

L. Brotz

Marienstraße 18 I.
Kein Laden. Tel. 3950.

Email-Geschirre

werden dauerhaft repariert (nicht gelötet) 1018

Geschirr-Reparaturanstalt
Karlsruhe, Körnerstr. 3a, im Hof. Telefon 1421

LULI
Luxeum Lichtspiele

Ab heute Mittwoch bis einschl. Freitag
der mit Spannung erwartete
2. Teil
des grossen Filmwerkes

Der Tänzer

Nach dem Roman von **Felix Holländer** in 4 Akten.

Ausser der beliebten Künstlerin **Ria Jende** werden die übrigen Hauptrollen von **Walter Janssen** und **Gertrud Welcker** dargestellt.

Der 2. Teil dieses hervorragenden Filmwerkes bildet eine für sich abgeschlossene Handlung: er zeigt die Schicksale der Frauen, die an Andreas Rellnow zugrunde gehen und hält den Zuschauer in Spannung bis zum gewaltigen dramatischen Schluss. Ria Jende, Walter Janssen und Gertrud Welcker, die hervorragendsten Künstler, sind die Träger der Hauptrollen in diesem aussergewöhnlichen Filmwerk, das besonders sich durch eine glänzende Ausstattung auszeichnet. 1123

Der beste Original-Wildwestfilm

Die Banditen der Prärie.

Ein spannendes Drama aus dem wilden Westen in 3 Akten.

Naturgetreue Schilderung des Cowboylebens. — Tollkühne Reiterszenen. — Bei den Pferdedieben. — Verfolgung und Ueberfall eines Postwagens. — Die Heldentat des jungen Cowboymädchens. — Herrliche Szenerien.

Künstler-Kapelle
unter Leitung des Herrn Kapellm. **Treumer.**

Herren-Hüte

werden gewaschen gefärbt und modernisiert bei der

Mittelbadischen Hut-Fabrik
Schneider & Hanselmann
Karlsruhe **Kriegstr. 70** nächst Moltkestr.

Tüchtige, gelernte
Sortiererinnen
und 1133
Kistchenmacherinnen

finden sofort lohnende Beschäftigung bei

Heinrich Knippenberg,
Zigarrenfabriken.
Schützenstr. 16.

Tüchtige 1110
Feindreher und Feinmechaniker

finden bei hohem Lohn dauernde Beschäftigung bei

Arnold Biber
Fabrik zahnärztlicher Artikel
Filiale Durlach. Oberwald.

Zu vermieten gut möbl. Mansarden-Zimmer an einen solid. Herren. Ebendaselbst eis. Bettstelle und ein Paar Rollschuhe zu verkaufen. 1105

Winterstr. 42, 5. St.

Alle Sorten
Flaschen 1120
Papierabfälle
Metalle
Felle
Lumpen
Frauenhaare
Roßhaare
kauft zu höchsten Preisen
Karlsruher Rohproduktenhaus
Schützenstr. 86.

Residenz-Lichtspiele

Mittwoch bis einschl. Freitag

Waldstraße 30

Junge Dame aus guter Familie

Gesellschafts-Drama in vier Akten mit
Alfred Abel.

Die Peruanerin

ein reizender Filmschwank in vier Akten in welchem
Mädy Christians
und
Reinhold Schünzel
für drolligste Kurzweil sorgen.

Hervorragende musikalische Illustration durch das bewährte Künstler-Quartett unter Leitung des Kapellmeisters **Steinmüller.**

Kaiserstraße 5

Seine gelehrte Frau

Das Problem der Ehe und der freien Liebe bearbeitet von
Edmund Edel und **Eugen Illés.**
In der Titelrolle
Esther Carena.

Die Dame im Schaufenster

Lustspiel in drei Akten.

Schillerstr. 22

Der gestreifte Domino

Interessantes Abenteuer des Meister-Detektivs
Stuart Webbs
vier Akte.

EVAS ? ? ? 1122

Lustspiel in drei Akten.

Das moderne Haarelexier

Komödie.

Badisches Landestheater.

Mittwoch, den 7. Januar 1920 112

Tiefland.

Musikdrama in einem Vorspiel und zwei Akten von E. d'Albert.

Anfang 7 Uhr. (Gr. Pr.) Ende nach ½10 Uhr.

Badische Kleider-Klinik

Zirkel 30. — Telefon 4120.
Reparatur-, Bügel- und Reinigungs-Anstalt
Umändern sowie **Instandsetzen** von **Herren- und Damen-Garderoben.**
Prompt — gut und billig.
1033 **Wolf Amstowski.**

Rucksäcke

prima Ware selbstgefertigte Waren in verschiedenen Preislagen hat abzugeben

M. Oswald, Karlsruhe,
Schützenstraße 42 1089

Keine Kohlen-, Holz- oder sonstige
Brennmaterialien-Not mehr!

Viele behördliche Gutachten und Dankschreiben. Garantiert 50 Prozent an Heizmaterial sparen Sie durch unseren erstklassig bewährten

Regulier-Sparapparat „Brändl"
D.R.G.M. Nr. 720 166. 1047

Vertreter und Reisende gesucht:
Neumeister, Karlsruhe, Kaiserstraße 65.

Kragen -Wäscherei Schorpp

liefert in 3 Tagen
Stärke-Wäsche

Annahmestellen:
Karlsruhe:
Ludwig-Wilhelmstr. 5.
Kaiserstrasse 34 u. 243.
Gerwigstrasse 46.
Amalienstrasse 15.
Waldstrasse 64.
Wilhelmstrasse 32.
Augustastrasse 13.
Schillerstrasse 18.
Kaiserallee 37.
Gabelsbergerstrasse 1.
Rheinstrasse 18.
Durlach:
Hauptstrasse 15.

Ich kaufe

fortwährend zu höchsten Preisen, Kleider, Uniformen, Schuhe u. Wäsche jeder Art. 1119

S. Arelrad,
Offenburgerstraße 34.

Welt-Kino

Telephon 5448 Kaiserstrasse 133

Nur 3 Tage!
Mittwoch Donnerstag Freitag
Die beliebte Künstlerin
Ally Kohlberg
in
..... und hätte der Liebe nicht.

Das Bild eines Lebens in vier Akten.
Spannende Handlung.
Herrliche Szenerien.

Die Heiratspillen

Original-Amerikaner!
Lustspiel in drei Akten. 1135

Einlage: spannender
Wildwest!

Kleider

Schuhe, Möbel und sonstige Gebrauchsartikel kauft man billig im 1127
An- & Verkaufsgeschäft
J. Glotzer
Zähringerstr. 53a.

Galerie Moos

Kaiserstrasse 187. 1117

1920 Januar 1920

Otto Dill
Prof. R. Hellwag
Prof. A. Lang

Rastatt. Rastatt.
1017 **Verkauf von**
Alt- u. Neu-Möbel
Besichtigung ohne Kaufzwang erwünscht.
Karl Rauch,
Dreherstr. 8. Dreherstr. 8.

Bettnässen

Abhilfe sofort. Alter und Geschlecht angeben. Auskunft kostenlos. **Merkur-Versand München 196,** Neureutherstr. 13. 988

Volksbuchhandlung Karlsruhe i. B.

Die Stimme aus dem Grabe

Reden von
JEAN JAURES
Gesammelt u. besprochen von **VICTOR SCHIFF**
Preis Mk. 1,50

Am Neujahrstag ging von Amalienstr. 12 bis zum „Kühlen Krug" ein **Damenpelzkragen verloren.** Der ehrliche Finder wird gebeten, denselben abzugeben bei Gilbert, Bachstr. 59 II. 1118

W. MUND, ARCH.
KARLSRUHE - MAXAUSTRASSE 26

Metallbetten Stahlbr.-Matratzen, Kinderbetten, Polster an Jedermann. Katalog frei Eisenmöbelfabr. Suhl i. Th.

Gänseleber

werden fortwährend angekauft und bezahle bis
50 Mark pro Pfund 1083
Carl Pfefferle,
Erbprinzenstraße 23.

Blinden-Arbeit.

Haushaltungs-Bürsten und Rosshaar-Bürsten empfiehlt **Wilh. Boos,** Viktoriastr. 6. 1021

Standesbuch-Auszüge der Stadt Karlsruhe

Eheschließungen. Karl Völker von hier, Kaufmann hier, mit Lina Hamel von Frischborn. Hermann Stenz von München, Sekr. hier, mit Emma Kamm von Eberbach. Seligmann Sohn von Würzburg, Kaufmann hier, mit Lina Dreifuß von Malsch. Max Gewürz von Mielec, Schriftsetzer in Frankfurt, mit Devora Weiß von Kolbuszowa.

Todesfälle. Johanna Rees, ledig, ohne Beruf, alt 75 Jahre. Wilhelmine Barth, alt 56 Jahre, Ehefrau von Franz Barth, Steinhauermeister.

Offenburger Anzeigen.

Tüchtige Schneider

für erstklassige Maßarbeit bei höchsten Löhnen und dauernder Beschäftigung gesucht.

Fritz Schoel 1018
vormals Julius Bollerer G. m. b. H.
Offenburg (Baden) Hauptstraße 64
Spezial-Haus für Herren- und Knaben-Bekleidung

Gegen Katarrhe
EMS Schutz-Marke
Emser Wasser
8888

Badische Lokal-Eisenbahnen
Aktien-Gesellschaft Karlsruhe.

$4^1/_2$% Anleihen der Jahre 1900 und 1901.

Gemäß § 8 des Gesetzes vom 4. Dezember 1899/14. Mai 1914 laden wir die Gläubiger aus unseren 4½ % Teilschuldverschreibungen

Anleihe Ausgabe I vom Jahre 1900 (Nr. 1—4000)
" " II " " 1901 (Nr. 4001—8000)

zu einer Versammlung auf

Donnerstag, den 12. Februar 1920, um 3 Uhr nachmittags,

nach Karlsruhe, Sitzungssaal der Rheinischen Kreditbank, Waldstr. 1,

zwecks Beschlußfassung über folgende Anträge ein:

a) Aussetzung der planmäßigen Tilgung der Anleihen auf 10 Jahre, d. h. vom Jahre 1920 bis zum Jahre 1929 je einschließlich und entsprechende Hinausschiebung des Tilgungsplans
für die Anleihe von 1900 über den jetzigen Endzeitpunkt im Jahre 1959 bis zum Jahre 1969,
für die Anleihe von 1901 über den jetzigen Endzeitpunkt im Jahre 1960 bis zum Jahre 1970;

b) Verzicht der Gläubiger aus den Teilschuldverschreibungen auf Zinsen im Jahr 1920 in der Weise, daß auf die Zinsabschnitte vom 2. Januar und 1. Juli 1920 keine Zinsen gezahlt werden;

c) Herabsetzung des Zinsfußes der Anleihen von 4½ % auf 2 % für die Jahre 1921 bis 1924 einschließlich, so daß auf die Zinsabschnitte vom 2. Januar 1921 bis einschließlich 1. Juli 1924 nur 2 % Zinsen gezahlt werden;

d) Herabsetzung des Zinsfußes der Anleihen von 4½ % auf 3 % für die Jahre 1925 bis 1929 einschließlich, so daß erstmalig der Zinsabschnitt vom 2. Januar 1930 wieder die planmäßigen Zinsen auf 4½ % erhalten würde.

In der Versammlung sind nur diejenigen Gläubiger stimmberechtigt, welche ihre Schuldverschreibungen spätestens am zweiten Tage vor der Versammlung hinterlegt haben:

bei der Reichsbank, Berlin, Kontor für Wertpapiere — gegen Depotscheine —,
bei einem Notar,
bei einem der nachbenannten Bankhäuser oder deren Zweigstellen:
zu **Karlsruhe** bei der Filiale der Rheinischen Creditbank,
bei der Badischen Bank,
bei der Süddeutschen Disconto-Gesellschaft A.-G.
zu **Berlin** bei der Direktion der Disconto-Gesellschaft,
bei der Berliner Handelsgesellschaft,
bei der Bank für Handel und Industrie,
bei dem Bankhause von der Heydt u. Co.,
bei dem Bankhause S. Bleichröder,
zu **Frankfurt a. M.** bei der Filiale der Direktion der Disconto-Gesellschaft,
bei der Filiale der Deutschen Bank,
bei der Filiale der Bank für Handel u. Industrie,
zu **Mannheim** bei der Rheinischen Creditbank,
bei der Süddeutschen Disconto-Gesellschaft A.-G.,
zu **Cöln** bei dem A. Schaafhausenschen Bankverein A.-G.,
bei dem Bankhaus Sal. Oppenheim jr. u. Co.

Die Inhaber bereits **ausgelostet**, aber noch nicht zur Rückzahlung vorgelegter Schuldverschreibungen werden von einer, die Anleihebedingungen ändernden Beschlußfassung der Gläubigerversammlung **nicht** mehr betroffen und haben demzufolge in der Versammlung kein Stimmrecht.

Die Schuldverschreibungsinhaber werden gebeten, **möglichst frühzeitig** ihre Teilnahme oder ihre Vertretung zu der Versammlung anzumelden. Anmeldungen werden am Tage vor der Versammlung vorm. zwischen 8½ und 12 Uhr und nachm. zwischen 3 und 6 Uhr in unserem Geschäftshause zu Karlsruhe sowie auch am Versammlungstage von 2 Uhr ab im Versammlungsraum entgegengenommen. Die Hinterlegungsscheine sind bei der Anmeldung vorzulegen.

Um die rechtzeitige Beibringung der vorgeschriebenen Hinterlegungsscheine auch bei Störungen im Postbetriebe zu sichern, empfiehlt es sich dringend, die Hinterlegung **recht frühzeitig** vorzunehmen, insbesondere wenn die Hinterlegung an einem andern Ort als Karlsruhe erfolgt.

Zur Annahme unserer Vorschläge ist die Zustimmung von mindestens zwei Drittel der noch umlaufenden Schuldverschreibungen erforderlich, was die Teilnahme möglichst aller Besitzer von Teilschuldverschreibungen nötig macht.

Ausführliche Begründung unserer Anträge wird den Besitzern von Teilschuldverschreibungen auf Wunsch von der unterzeichneten Verwaltung oder von den Hinterlegungsstellen zugesandt.

Karlsruhe, den 8. Januar 1920. 1114

Badische Lokal-Eisenbahnen Aktien-Gesellschaft.
Der Vorstand: Claßen.

Versteigerung von Schulsaalöfen

Die infolge Einrichtung einer Zentralheizung im Friedrichschulhaus abgängigen Schulsaal-Mantelöfen sollen gegen Barzahlung öffentlich versteigert werden.

Zur Versteigerung kommen:
14 Mantelöfen (Fabrikat Möhrlin-Stuttgart),
2 Tonöfen-Einsätze.

Die Versteigerung findet am

Donnerstag, den 8. Januar ds. Js., nachmittags 3 Uhr,

im Friedrichsschulhaus, Hauptstr. Nr. 78, statt, woselbst die Oefen eine halbe Stunde vor Beginn der Steigerung besichtigt werden können.

Durlach, den 2. Januar 1920. 87

Städt. Hochbauamt.

Herren- und Damenhut-Fabrik
Alfred Seidel
Kaiser-Allee 23 * Passage 40
Umpressen von Herren-, Damen- und Kinder-**Hüten**
nach neuesten Modellen. — Saubere Ausführung. — Schnelle Bedienung.
1024

Bekanntmachung
über den Verkauf getragener, amerikanischer Stiefel.

Die Haushaltungen B sind jetzt sämtliche mit Stiefeln beliefert worden. Es beginnt jetzt die Belieferung der **Haushaltungen A** und zwar in nachstehender Reihenfolge:

am Donnerstag	den 8. Jan. 1920	die bei den Bäckernummern	1—25	Eingetragenen
„ Freitag	„ 9.	„ „ „	26—31	„
„ Samstag	„ 10.	„ „ „	32—38	„
„ Montag	„ 12.	„ „ „	39—48	„
„ Dienstag	„ 13.	„ „ „	49—59	„
„ Mittwoch	„ 14.	„ „ „	60—69	„
„ Donnerstag	„ 15.	„ „ „	70—82	„

Weitere Nummeraufrufe folgen.

Der Verkauf findet im Verkaufslokal der Städtischen Bekleidungsstelle, Kaiserstraße 91 (Goldener Ochse), ausschließlich gegen Abgabe der Haushaltungsmarke A Nr. 74 mit Kopfabschnitt (gelbrote Farbe) und Vorlage der grünen Lebensmittelausweiskarte in der Zeit von 9—12½ Uhr vormittags und 2½—6 Uhr nachmittags statt. Des starken Andranges wegen wird im eigenen Interesse ersucht, hauptsächlich die Vormittagsstunden zum Einkauf zu benutzen.

Auf keinen Fall werden Stiefel ohne die Haushaltungsmarke Nr. 74 mit Kopfabschnitt abgegeben. Es empfiehlt sich also, diese Marke sorgfältigst aufzubewahren bis alle Haushaltungen A in der Reihenfolge der Bäckernummern aufgerufen sind.

Während der Zeit der Stiefelabgabe ruht der Verkauf von Bekleidungsstücken usw. vollkommen, worauf besonders hingewiesen wird. 110

Karlsruhe, den 6. Januar 1920.

Städt. Bekleidungsstelle.

Städtische Festhalle Karlsruhe.
Sonntag, den 11. Januar 1920
nachmittags 4 Uhr
Künstler-Konzert
Ausführende:
Kapelle des 1. Bad. Reichswehr-Schützen-Regiments Nr. 113
(Leitung: Herr Obermusikmeister Walter Bernhagen).
Frau **Kathinka Neugebauer-Pecz**, Konzertsängerin;
Herr Opernsänger **Helmuth Neugebauer**
Herr Schauspieler und Spielleiter **Fritz Herz**
Herr Musikdirektor **Georg Hofmann**, Klavierbegleitung
} Mitglieder des Bad. Landes-Theaters.
Eintrittspreise (einschl. Lustbarkeitssteuer) jeweils:
Saal und untere Galerie I. Abt. sowie Balkon I. Reihe . . . . 3 ℳ 30 ₰
" " " " II. " " " II. und III. Reihe 2 ℳ 20 ₰
" " " " III. " " obere Galerie . . . . 1 ℳ 10 ₰
Ausser Balkon alle Plätze nicht numeriert.
— Wirtschaftsbetrieb. — 111
Kartenverkauf: Donnerstag, den 8. bis Samstag, den 10. Januar, nachm. 6 Uhr, bei den Musikalienhandl. **Fr. Doert**, Kaiserstr. 159, (Ostseite der Festhalle) und **Fritz Müller**, Ecke Kaiser- und Waldstrasse (Westseite der Festhalle), am Konzerttag nachmittags von 3 Uhr in der Festhalle (Ost- und Westseite).
Saal- und Galerie-Oeffnung 3 Uhr.
Zugang zur oberen Galerie über die äusseren Treppen.
Belegen von Plätzen verboten.

Union-Theater
Kaiserstrasse 211.
Ab heute bis einschliesslich Freitag!
Die Zwillinge des Herrn Sebastian
Schwank in 3 Akten v. Frau Kristof-Stock
Hauptdarsteller der originelle Komiker
Herr **Arnold Rieck.**
Das grosse Meisterwerk
Der Galeerenträfling
1. Teil: Von der Galeere zum Schaffot in 6 Abteilungen. 1124
Verfasser und Hauptdarsteller:
Herr **Paul Wegener.**
Musikalische Illustration durch unsere Künstler-Kapelle unter Leitung des Herrn Leopold Falkenberg.
Jeden Dienstag und Samstag
vollständig neuer Programmwechsel.

Daniels Konfektionshaus
Wilhelmstrasse 34, 1 Tr.
Die noch vorrätigen
PELZE
Plüschgarnituren
extra billig.

Karlsruher Fussball-Verein
e. V. 10117
Schirmherr:
Prinz Max von Baden.
Geschäftsstelle:
Zirkel 29. Tel. 1193.
Donnerstag, d. 8. Jan. 8 Uhr im „Prinz Karl" 1125
Spieler-Versammlung
Bekanntgabe d. Spiele und Mannschaften für den kommend. Sonntag. Pünktliches Erscheinen aller Spieler unbedingt erforderlich.
Der Vorstand.

LASSALLIA
KARLSRUHE
1895
Sonntag, den 11. Januar 1920
findet in den Sälen der Gesellschaft „Eintracht", Karl-Friedrichstraße 30
Volkslieder-Konzert
mit anschließendem **Ball** statt.
Hierzu laden wir unsere verehrlichen Mitglieder nebst Angehörigen freundlichst ein. — Das Einführungsrecht ist für diese Veranstaltung aufgehoben. 1131
Anfang ½4 Uhr. Ende 10 Uhr.
Der Vorstand.

Krankenbrot u. Krankenzeugnisse betr.

Nachdem nun in allen Bäckereien das günstiger ausgemahlene Mehl zum Verbacken kommt und das allgemeine Brot leichter verdaulich geworden ist, hat das Nahrungsmittelamt beschlossen, künftig in Bezug auf Krankenbrotanträge nach dem Vorgang anderer Städte die allerschärfste Kontrolle eintreten zu lassen. Krankenbrot soll künftig nur noch in folgenden Fällen bewilligt werden (Richtlinien des Ministeriums des Innern vom 24. März 1917):

1. Bei **schweren** Magen- und Darmerkrankungen, insbesondere bei Magen- und Zwölffingerdarmgeschwüren,
2. an Genesende nach Typhus und Ruhr,
3. An Wöchnerinnen in den ersten 10 Tagen nach der Niederkunft.

Um eine durchgreifende Neuregelung zu ermöglichen, wird jeder Krankenbrotbezug ab Montag, den 12. Januar 1920 gesperrt, auch wenn sich die Bewilligung über dieses Datum hinaus erstreckt. Alle diejenigen, welche glauben auf Grund obengenannter Richtlinien Anspruch auf Weitergewährung des Krankenbrotes zu haben, können einen neuen ärztlichen Antrag auf dem neuen (gelben) Formular, welches aber nur am Krankenschalter unserer Kartenstelle und nicht mehr beim Arzt zu haben ist, einreichen.

Sowohl von der Bevölkerung als auch von den Herren Aerzten muß umsomehr eine strenge Einhaltung dieser Vorschriften erwartet werden, als mit der Verminderung der Ansprüche an Krankenbrot Ersparnisse an Weizenmehl erwartet werden dürfen, welche wiederum der weiteren Verbesserung des allgemeinen Brotes und damit der Allgemeinheit nutzbar gemacht werden können.

Die anderen Krankenzusätze **laufen weiter**, können aber **nicht erneuert** werden. Wenn sie abgelaufen sind, muß ebenfalls ein Zeugnis auf dem neuen Formulare eingereicht werden. Zeugnisse, die nach dem 12. Jan. 1920 auf einem alten Formular ausgestellt sind, können nicht berücksichtigt werden. Die neuen Formulare liegen, wie schon gesagt, nicht mehr beim Arzt auf, sondern müssen in jedem einzelnen Fall an unserem Krankenschalter abgeholt und, bevor sie zum Arzt gebracht werden, von dem Kranken oder dem Haushaltungsvorstand, soweit angegeben, ausgefüllt werden. Der Arzt darf das Zeugnis nur **gut verschlossen** an den Patienten zurückgeben, der es dann zu unserer Kartenstelle bringt. Sämtliche Zeugnisse werden von unserer Aerzte-Kommission nachgeprüft, welche über die Bewilligung entscheidet. Einsprüche gegen diese Entscheidung kann in Zukunft **nur der behandelnde Arzt machen.** Reklamationen des Patienten selbst können nicht beachtet werden.

Die Aerzte-Kommission wird in keinem Falle mehr, der nicht in den Richtlinien des Ministeriums gegeben ist, Krankenzusätze bewilligen. **Die neuen Formulare sind ab Donnerstag, den 8. Januar 1920 bei unserer Kartenstelle, Schalter 6, erhältlich.** Wir hoffen, daß diese neuen Maßnahmen bei der Bevölkerung das notwendige Verständnis finden werden, da uns nur die in letzter Zeit größer gewordene Knappheit an den in Betracht kommenden Nahrungsmitteln zu diesen Verschärfungen zwingt.

Karlsruhe, den 6. Januar 1920. 108

Nahrungsmittelamt der Stadt Karlsruhe.

Zur Lebensmittel-Verteilung.

In unserer Lebensmittelbekanntmachung von 2. Januar 1920 für die Woche vom 5.—11. Januar muß es heißen:

5. **Fett**, 125 gr zum Preise von Mk. 4.— in den Metzgerei- und Wurstlereigeschäften am Mittwoch, den 7. Januar gegen die Sondermarke

B Nr. 128.

Die Marken mit dem Aufdruck „Selbstversorger" werden nicht eingelöst.

In der Bekanntmachung war irrtümlicherweise die **Sondermarke A Nr. 128 angegeben.**

Karlsruhe, den 6. Januar 1920. 108

Nahrungsmittelamt der Stadt Karlsruhe.

Baubund-Möbel
kaufen Sie preiswert
und formschön gegen Barzahlung oder
erleichterte Zahlungsbedingungen
bei der gemeinnützig. Hausratgesellschaft
Badischer Baubund G. m. b. H.
Karlsruhe
1020
Karl-Friedrichstrasse 22 (Eckhaus Rondellplatz)
Täglich geöffnet von vorm. 8—12, nachm. 2—6 Uhr.
Fernsprecher 5157.